



# Attac-Rundbrief 2/03

Mai 2003  
11.582 Mitglieder  
152 Attac-Gruppen

G8-GIPFEL IN ■ 28.MAI - 3.JUNI '03

# evian

## Inhalt

Evian - Baustein unserer Bewegung	2
Rückblick auf Genua / Zug nach Evian	3
Der G8-Gipfel, das Wasser und der Kommerz	4
IWF & Weltbank: Dem Marktfundamentalismus der G8 verfallen	5
Etikettenschwindel in der WTO	6
Geistige Eigentumsrechte - Schutz oder Waffe?	8
Das große Fressen - Agrarverhandlungen der WTO	9
Blaues Gold - Interview mit Maude Barlow	10
Attac-Gruppen / Veranstaltungsreihe Gegenstimmen / KulturAttac	12
Globalisierung und Krieg	14
Sozialabbau - Global assozial?	15
Bericht der Kampagne Steuerflucht	16
Erstes Europäisches Bildungsforum in Berlin	18
Kirchentag - Das globale Dorf / Herbstakademie von Attac und DGB-Jugend	18
Europäisches Sozialforum 2004 in Paris	19
Attac in Kürze / Impressum / Termine / Anzeigen	20

## Editorial

Liebe Attac-Mitglieder, liebe Attac-Interessierte,

zwei weltpolitische und für die globalisierungskritische Bewegung äußerst relevante Großereignisse stehen in den nächsten Monaten an: Der G8-Gipfel in Evian und die WTO-Ministerkonferenz in Cancun. In diesem Rundbrief dreht sich daher thematisch vieles rund um die G8 und die WTO. Doch halten wir Sie auch über aktuelle und weitere Attac-Aktivitäten auf dem Laufenden, so über ein neues internationales Bündnis zur Schließung der Steueroasen, über das Netzwerk KulturAttac, den Stand der Vorbereitungen zum zweiten ESF in Paris, den drohenden Sozialabbau u.v.m. In diesem Sinne wünschen wir allen einen politisch aktiven und erfolgreichen Sommer.

*Gabriele Rohmann*

## Evian - Baustein unserer Bewegung

### Der neue Höhepunkt

Die globalisierungskritische Bewegung war in den letzten Wochen durch den Irak-Krieg herausgefordert und hat diese Aufgabe weitestgehend gut gemeistert. Wir haben diesen Krieg nicht stoppen können, aber wir haben zu einer Stärkung und Internationalisierung der Friedensbewegung beitragen können. Ohne die Verabredung beim Europäischen Sozialforum in Florenz wären die gemeinsamen internationalen Proteste am 15.02. und 12.04 nicht möglich gewesen. In vielen deutschen Städten haben die Attac-Gruppen und die lokalen Sozialforen Demonstrationen, Mahnwachen und Montagsdemonstrationen mitorganisiert. Die inhaltliche Verbindung von kriegerischer Handlung und ökonomischen Interessen im globalen Spiel um Macht und Einfluss war in der Friedensbewegung ebenfalls stark verankert.

Die Kampfhandlungen im Irak sind vorerst eingestellt. Doch die nächsten Kriege sind längst in Vorbereitung. Und auch hierzulande hat sich die Gangart des Neoliberalismus enorm verschärft. Nach den großen Friedensdemonstrationen fehlen uns aber die Orte (und vielleicht auch noch die Kraft?), unsere Unzufriedenheit mit der Politik des Sozialraubs deutlich sichtbar zum Ausdruck zu bringen. Sicher aber ist der 1. Juni der Tag und Evian der Ort, wo unser Nein zu Kriegspolitik und Neoliberalismus und unser Wunsch nach einer gerechten Welt wieder global zu hören sein wird. Die ganze Welt wird aufmerksam verfolgen, was die Alliierten Bush und Blair mit ihren neuen Kontrahenten-Freunden der Achse Chirac, Schröder und Putin ausklügelnd wollen. Diese internationale Aufmerksamkeit wollen wir nutzen, um die Illegitimität dieser selbsternannten Weltregierung deutlich zu machen. „The whole world is watching“, wenn zwei Jahre nach den Demonstrationen in Genua wieder Tausende am Genfer See den G8-Gipfel belagern werden.

#### Was ist geplant?

Am 1. Juni werden in den Städten Genf, Lausanne und Annemasse zeitgleich große Demonstrationen stattfinden, die den G8-Gipfel symbolisch - und vielleicht auch ganz praktisch? ;-) - von außen isolieren werden. (Ein Vordringen in die rote Zone, wie in Genua, ist nicht geplant). In den Tagen rund um den G8-Gipfel findet in Genf eine von Attac Schweiz organisierte Gegenkonferenz

statt. In Annemasse wird in der Woche vor dem G8-Gipfel das Intergalaktische Dorf stattfinden, in dem Tausende vor allem junge Menschen aus aller Welt eine andere Welt ausprobieren und vorleben wollen. Dieses Dorf ist auch der Zielort des Zuges, der von Deutschland aus zu den G8-Protesten fahren wird. Genauere Informationen zu den geplanten Aktionen findet ihr unter [www.attac.de/evian](http://www.attac.de/evian).

#### Die intergalaktische Jugend

In der globalisierungskritischen Bewegung engagieren sich immer mehr junge Menschen. Insbesondere in Deutschland war die Friedensbewegung von den Jugendlichen geprägt. Entgegen aller Beschreibungsversuche der Feuilletons ist ein beachtlicher Teil der Jugend politisiert. In den traditionellen Strukturen von Parteien und Organisationen finden sie schon lange keine politische Heimat mehr, aber auch in den neuen Strukturen der globalisierungskritischen Bewegung finden sie sich nur bedingt wieder. Die Protesttage in Evian und zuvor das „Intergalaktische Dorf“, wo wir vier Tage zusammen verbrin-

gen werden, können Bausteine für die Entwicklung unserer eigenen politischen Räume sein. Dieses Camp soll soweit wie möglich selbstverwaltet sein und durch Initiativen vor Ort gestaltet werden. Vorbereitete oder spontan organisierte Workshops, kleine und größere Kultur-Events aller Art und ein Versuch des solidarischen Miteinanders werden für ein paar Tage für eine Mischung von Woodstock und Utopia sorgen. Wir wollen diesmal das politische Debattieren über unsere Inhalte und Strategien mit einem Versuch des Vorlebens der „anderen Welt“, von der wir seit drei Jahren wieder zu sprechen wagen, verbinden. Dieses Dorf hat das Potential, neue Ansätze hervor zu bringen, inhaltlich und strukturell. Es kann auch als eine Weiterentwicklung der Form der Sozialforen gesehen werden, die wir dann für Paris/St. Denis im November 2003 weiter ausbauen können.

In diesem Sinne - See ya am Genfer See.

Pedram Shayar, Projektgruppe Evian

#### Das Weltsozialforum 2003 Eine politische Galerie

Videos und Bilder zu den Anfangs- und Schlussdemonstrationen, zu Veranstaltungen, dem Jugendcamp, der Stadt, der Politik...

Eine CD der Rosa Luxemburg Stiftung, Preis: 5 Euro

Bestellung (ab 1.6.) bei der Rosa Luxemburg Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, e-mail: [info@rosalux.de](mailto:info@rosalux.de)



#### Attac-Radtour

### „Acht Tage, acht Gründe gegen die G8“

Attac plant eine Radtour durch die blühenden Landschaften des Ostens. Das ist eine Tour, die Mut für Perspektiven und gelebte Alternativen machen soll! Sie startet am 23. Mai in Berlin und wird über verschiedene Etappen am 1. Juni in Evian enden. Dort werden wir am Protest gegen die G8 teilnehmen. Alle Leute, die mitmachen oder uns unterstützen wollen, sind herzlich willkommen.

Tourdaten: 1.Etappe von Berlin nach Magdeburg (23.5.) / 2.Etappe von Magdeburg nach Aschersleben (24.5.) / 3.Etappe von Aschersleben nach Halle (25.5.) / 4.Etappe von Halle nach Göttingen (26.5.) / 5.Etappe von Göttingen nach Marburg (27.5.) / 6.Etappe von Marburg nach Frankfurt/Main (28.5.) / 7.Etappe von Frankfurt/Main im Sonderzug nach Genf (29.5.) / 8.Etappe von Genf zum Intergalaktischen Dorf (30.5.) / Beteiligung an den Protesten zum G8-Gipfel in Evian.

Kontakt: [attac-radtour@gmx.de](mailto:attac-radtour@gmx.de)

#### Busse und Mitfahrbörse

Nach Evian werden natürlich auch Busse fahren, außerdem gibt es eine Mitfahrbörse. Nähere Informationen unter [www.attac.de/evian](http://www.attac.de/evian).



## Rückblick auf Genua

Genua war bis zu den Protesten 2001 gegen den G8-Gipfel lediglich als idyllische Hafenstadt in Norditalien bekannt. Seither ist „Genua“ ein Synonym für einen der größten Proteste in Europa der letzten Jahre. Für die ProtestteilnehmerInnen wird dieses Ereignis wohl lebenslanglich in Erinnerung bleiben. Dies natürlich nicht zuletzt aufgrund der extremen Repressionen von Seiten der staatlichen Organe gegenüber den DemonstrantInnen. „Als in Genua am 20. und 21. Juli Kundgebungen gegen das Gipfeltreffen der G8 stattfanden, haben die Polizeikräfte sich mit grundlosen Angriffen auf die Demonstranten und in den darauffolgenden Tagen dann mit gewalttätigen Übergriffen und Schikanen

gegenüber Hunderten willkürlich festgenommener junger Menschen hervorgeraten, als ob es die Aufgabe der Polizeikräfte wäre, ein feindliches Heer zu vernichten, anstatt Gewalttaten zu verhindern und eine Kundgebung von Staatsbürgern zu schützen...“, schreibt Luigi Ferrajoli in „Justiz“. Die zahllosen Verletzten und der Tod des Demonstranten Carlo Giuliani führten deutlich vor Augen, zu welcher Brutalität die exekutiven Organe eines Staates mit neofaschistischer Regierungsbeteiligung fähig sind.

Unter dem Motto „Ihr seid 8 - wir sind die Weltbevölkerung“ demonstrierten wir dagegen, dass die G8, obwohl sie in unseren Augen nicht demokratisch legi-

timiert ist, der Welt ihre Entscheidungen aufzwingt. Der Protest war in seiner vielfältigen Erscheinungsform von Umweltschutzgruppen, Friedensinitiativen, Gewerkschaftsvertretungen bis hin zu anarchistischen Gruppierungen überwältigend. Alle schienen in ihrer Ablehnung gegen Sozialabbau und ihrer Forderung nach einer Umverteilung des Reichtums sowie nach weltweitem Frieden vereint. Die sogenannte „globalisierungskritische Bewegung“ ist aus diesen Protesten gestärkt hervorgegangen. In Deutschland hat insbesondere Attac seither einen enormen Zulauf erfahren. An Genua knüpfen nicht nur die Proteste in Evian an, auch eines der nächsten Vorbereitungstreffen zum ESF wird am 19./20.07. anlässlich des 2. Todestages von Carlo Giuliani in Genua stattfinden.

Sarah Seeßlen, Projektgruppe Evian

## Zug nach Evian

Der G8-Gipfel in Evian vom 1. bis 3. Juni 2002 ist DER Termin des Jahres auf der Agenda der globalisierungskritischen Bewegung in Europa. Mit der Anreise von G. W. Bush, quasi direkt vom Schlachtfeld eines völkerrechtswidrigen Krieges, erhält der Gipfel eine zusätzliche politische Dimension. Ein zentrales Mobilisierungsmittel und gleichzeitig ein großartiger Vernetzungsraum ist ein Protestzug mit 1.000 AktivistInnen aus der IG Metall-Jugend, von ver.di, Attac, Antifa, aus der Friedens- und Umweltbewegung, begleitet von Filmteams und JournalistInnen. Der Zug wird in Berlin am 28.05. vom Kirchentag symbolisch verabschiedet und über 17 Städte am 29.05. in Genf eintreffen. Diese „Vorhut“ der GlobalisierungskritikerInnen wird in Annemasse beim Aufbau des Intergalaktischen Dorfes und bei der Vorbereitung von Aktionen helfen. Die Reise selbst dient den AktivistInnen als politisches Happening, rollendes Teach-In, Vernetzungstreffen und Symbol für eine andere Welt. Außerdem hat die gemeinsame Anreise den Vorteil, dass 1.000 Menschen eher an der Grenze durchgelassen werden, lange Wartezeiten gemeinsam angenehmer durchgestanden werden und sich viele Möglichkeiten für Spontanaktionen ergeben...

#### Virtuelles Soli-Ticket:

Als Bürge für die Finanzen kann Attac in seiner aktuellen Liquiditätskrise die 123.000 Euro für den Zug unmöglich komplett vorfinanzieren. Die einzige Möglichkeit den Zug zu realisieren, ist die, dass Organisationen und Einzelpersonen Tickets in großer Anzahl kaufen oder spenden. Die Proteste gegen die G8 sind von immenser Bedeutung, das Zugprojekt ist ermutigend, nicht alle können aber nach Evian reisen. Ein Soli-Ticket zum Preis von 5 Euro bis 130 Euro leistet einen wichtigen Beitrag und symbolisiert die virtuelle Teilnahme an den Protesten. Füllt das Ticket aus und schickt es an das Attac-Bundesbüro, Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt/Main oder spendet direkt an: Kontoinhaber: Share e.V./Attac, Kto.Nr. 800 100 800, GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Verwendungszweck: „Evian-Zug“

Bucht und/oder spendet jetzt!

**Abfahrt:** 28.05.03 Berlin-Zoologischer Garten, 19.00 Uhr

**Stationen:** Berlin-Zoo, Magdeburg, Hannover, Bielefeld, Dortmund, Bochum, Essen, Düsseldorf, Köln, Bonn, Koblenz, Frankfurt/M., Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg, Genf

**Rückfahrt:** 02.06.03, Genf, genaue Abfahrtszeit noch unklar

**Tickets** (Buchungsschluss eigentlich 04.05.03), trotzdem sind evtl. noch Plätze frei:

**Preise:** Selbstkostenpreis 130 Euro, erm. 80 Euro (Stud.), stark ermäßigt 60 Euro (Schüler, Arbeitslose), politischer Preis 165 Euro.

**Bestellungen:** [www.attac.de/evian](http://www.attac.de/evian), [bb-gruppen3@attac.de](mailto:bb-gruppen3@attac.de), [lukas@attac.de](mailto:lukas@attac.de), [lukeng@gmx.de](mailto:lukeng@gmx.de) oder telefonisch unter 060-9002811-0.

NAME, VORNAME	unterstützt den Protestzug von Berlin nach Evian (28.5.-3.6.) mit einer Spende in Höhe:	€
<input type="checkbox"/> ich zahle bar	<input type="checkbox"/> bequem und bargeldlos per Bankeinzug	
KONTINHABER/IN		
KONTO NR.		
BLZ		
NAME DER BANK		
Datum, Unterschrift		

**ZUG UM ZUG RICHTUNG ANDERE WELT**

**AKTIONSTICKET**

im Wert von \_\_\_\_\_,-€

Hiermit unterstütze ich den Protestzug von Berlin nach Evian zum G8-Gipfel (28.5.-3.6.) mit einer Spende.

**G8 ILLEGAL!**

Dieses Ticket berechtigt nicht zur Mitfahrt. Der/die Spender/in wird wenn nicht anders verlangt, als Unterstützer/in öffentlich genannt.



# Wasser für alle statt Evian!

## Der G8-Gipfel, das Wasser und der Kommerz

Im Jahr 1789 machte der nierenkranke Marquis de Lessert auf einem seiner Spaziergänge durch das französische Evian auf dem Grundstück des Monsieur Cachat Rast. Seinen Durst löschte er an der dort sprudelnden Quelle. Der Geschmack des Wassers sagte ihm außerordentlich zu, so sehr, dass er beschloss, es regelmäßig zu trinken. Als sich kurz darauf sein Nierenleiden besserte, kannte sein Lob keine Grenzen. Rasch verbreitete sich die frohe Kunde von der heilenden Kraft des Evianer Wassers und auch Ärzte begannen es zu verschreiben. Monsieur Cachat wiederum witterte die Chance seines Lebens, errichtete einen Zaun um den Quell und betätigte sich fortan im Verkauf „seines“ Wassers. Diese innige Verknüpfung von Wasser und Kommerz prägt auch heute noch den am Genfer See gelegenen Kurort Evian-les-Bains.

### Gipfel des Kommerzes

Wenn nun die Gruppe von acht mächtigen Regierungschefs vom 1. bis 3. Juni ihren Gipfel in Evian abhält, wird ein weiteres Beispiel der Kommerzialisierung des Wassers zu bewundern sein, diesmal angereichert um den Filz zwischen hoher Politik und privatem Kapital. Der französische Präsident Jacques Chirac kündigte an, seine Regierung werde die Menschheitsfrage des Wassers auf die Tagesordnung des Gipfels setzen. Dem Versprechen des Johannesburg-Gipfels, die Anzahl der Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser bis zum Jahr 2015 zu halbieren, müssten Taten folgen. Zu diesem Zweck solle jedes Land „einen aggressiven Aktionsplan entwickeln“, so Chirac.

Dazu bedarf es nach Ansicht des Präsidenten vor allem der Förderung von „Partnerschaften“ mit „Herstellern und Investoren“. Schließlich gebe es einen immensen Investitionsbedarf, der von den öffentlichen Händen unmöglich geschultert werden könne. Die Freunde der „public private partnerships“ finden sich mittlerweile in fast allen politischen Lagern, vom „schwarzen“ Jacques Chirac bis zur „roten“ Heidi Wiecek-Zeul. Dass gerade Jacques Chirac sie propagiert, ist nicht etwa philanthropischen Neigungen geschuldet, sondern vitalen nationalen Interessen. Von Frankreich aus betreiben die beiden größten Wasserversorger der Welt das Geschäft mit dem „blauen Gold“: Suez und Vivendi.

Während Suez weltweit bereits 115 Millionen Kunden mit Wasser versorgt, kassiert Vivendi bei 110 Millionen Leuten ab. Schon an dritter Stelle rangiert die deutsche RWE, deren Wassersparte seit der Übernahme der britischen Thames Water rund 43 Millionen Kunden zählt.

### Die Privaten: ineffizient, intransparent und unsozial

Immer zahlreicher jedoch werden die Beispiele für gescheiterte Privatisierungen. Als besonders hohl erweist sich dabei die Phrase von der Effizienz der Privatwirtschaft. Beispiel Großbritannien: Statt zu investieren, verringerten die dortigen Versorger nach der Privatisierung einfach den Wasserdruck in den Rohren. So konnten die Wasserverluste reduziert werden, ohne die vorhandenen Lecks zu stopfen. Genauso fragwürdig ist die Behauptung, „public private partnerships“ in Entwicklungsländern nützten vor allem den Armen. Investiert wird vornehmlich in Städten mit vorhandener Infrastruktur und dort am liebsten in den wohlhabenderen Stadtvierteln. Das private Profitmotiv verlangt nun einmal nach zahlungskräftiger Nachfrage. Auch RWE kaufte sich hauptsächlich in die Wasserwerke großer Städte wie Izmit, Jakarta oder Bangkok ein. An den Bedürftigen gehen diese Investitionen aber weitgehend vorbei. Vernachlässigt bleiben die Armensiedlungen, die Landbevölkerung und die aufwendige Klärung von Abwässern.

Als Farce entpuppt sich zudem die Rede von der Mobilisierung privater Mittel. Nach wie vor investieren Konzerne nur dann im Süden, wenn ihnen die Geschäftsr Risiken z.B. durch Gewinngarantien weitgehend abgenommen werden. Gerne greifen sie dabei auch die öffentlichen Gelder ab, die dann womöglich für die Finanzierung kostengünstigerer Alternativen fehlen. Beispiel Berlinwasser International (BWI):

10 Millionen DM investierte BWI in die Wasserversorgung der albanischen Stadt Elbasan. Der Löwenanteil kam jedoch vom deutschen Entwicklungsmministerium, das einen Kredit an Albanien in Höhe von 23 Millionen DM beisteuerte. Der Nebeneffekt: Sollte Albanien in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, schnappt die Schuldenfalle zu. Wieviel überhaupt investiert wird, bleibt meist völlig im Dunkeln, denn die Firmen bestehen auf Geheimhaltung der Privatisierungsverträge. Wohlgermerkt: Obwohl beträchtliche Steuermittel in diese Vorhaben fließen, wird öffentliche Kontrolle bewusst unterbunden.

### GATS: Privatisierung forever

Die höchste Stufe des Privatisierungswahns erklimmen die politisch Verantwortlichen nun in der aktuellen Neuverhandlung des WTO-Dienstleistungsabkommens GATS. Wie erst vor wenigen Wochen bekannt wurde, fordert die EU von 72 Staaten die radikale Öffnung ihrer Wassermärkte. Sollten die betroffenen Entwicklungsländer den EU-Forderungen Folge leisten, geriete ihr Wassersektor nicht nur unter weiteren Privatisierungsdruck, sie müssten darüber hinaus auf wichtige staatliche Regulierungen verzichten. Ressourcenschutz, Preisobergrenzen, Mindestanforderungen für Instandhaltungsinvestitionen,



Was, wenn ein Nahrungsmittelmulti die Wasserversorgung übernimmt?

Quersubventionierungen, gestaffelte Tarife oder Auflagen für den Anschluss der Armenviertel: Jegliche staatliche Maßnahme liefe Gefahr, einem sogenannten „Notwendigkeitstest“ der WTO-Richter zum Opfer zu fallen. Schlimmer noch: die Vertragskündigung nach einer gescheiterten Privatisierung würde als illegale Enteignung begriffen und könnte empfindliche Handelssanktionen nach sich ziehen.

Angesichts dessen erweisen sich die developmentpolitischen Bekenntnisse von EU-Kommission und Bundesregierung als pure Rhetorik. So behauptete Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul, der „Kernbereich staatlicher Daseinsvorsorge kann und darf im Verhandlungsprozess nicht zur Disposition gestellt werden“. Nun gehört die Trinkwasserversorgung aber zweifelsfrei zum Kernbereich der Daseinsvorsorge und war zudem bisher noch gar nicht als eigenständige Kategorie im GATS erfasst. Die nun von der EU in der WTO forcierte Wasserliberalisierung wäre ein Dammbruch, der so bisher noch nicht einmal im Europäischen Binnenmarkt erfolgte.

### Evian: Flasche statt Leitung

Manche Unternehmen haben sogar ein dezidiertes Interesse daran, dass die Wasserversorgung in vielen Ländern schlecht und mangelhaft bleibt. Eines davon lernt kennen, wer die Webseite des Städtchens Evian anklickt ([www.evian.fr](http://www.evian.fr)). Besucher werden dort mit dem Logo der gleichnamigen Mineralwassermarke begrüßt und können sich über „10 Gründe, Evian zu trinken“ informieren. Links verweisen auf den Besitzer dieses meistverkauften Mineralwassers der Welt, den französischen Lebensmittelmulti Danone. Dort heißt es, dass der wesentliche Grund für den Kauf von Flaschenwasser die Sorge um die Qualität des Leitungswassers sei. Die einfachste Möglichkeit, den Absatz von Evian und anderen Marken anzukurbeln, besteht folglich darin, die KonsumentInnen weg von der Leitung und hin zur Flasche zu locken. Es ist also naheliegend, dass die Produktwerbung mehr oder minder suggestiv Zweifel an der Qualität des Leitungswassers streut.

Seit 1996 ging Danone international auf Einkaufstour und beteiligte sich an zahlreichen Wasserherstellern. In Asien und Lateinamerika ist die Firma seither die Nr. 1, in Nordamerika und Europa die Nr. 2. Mit besonderem Stolz blicken die Franzosen auf ihre dominante Stellung im Wachstumsmarkt China. Kehrseite der sprudelnden Gewinne aber: Die Wasserkrise spitzt sich besonders in den Entwicklungsländern weiter zu. Denn mit der Ausbreitung von Flaschenwasser

droht nicht nur eine weitere Vernachlässigung der öffentlichen Versorgung, sondern auch eine Überausbeutung der Quellen durch die Abfüller. Und die ärmsten Menschen sitzen weiter auf dem Trockenen. Sie können sich auch die verpackten Wässer nicht leisten.

### Gipfel des Protests

Wie kaum ein anderer Ort symbolisiert Evian die Kommerzialisierung des Wassers. Mit der Entscheidung, die acht „Herrscher der Welt“ ausgerechnet hier über die Lösung der Wasserkrise par-

lieren zu lassen, hat Frankreich sich einmal mehr als Wiege der Aufklärung empfohlen. Aufklärung darüber, dass im globalisierten Kapitalismus einfach jedes Gut zur Ware wird. Wer sich damit aber nicht abfinden will, sollte sich den Protesten gegen die G8 anschließen. Und das nicht nur in Evian, sondern auch im wenige Kilometer entfernten Genf, dem Sitz der WTO, wo die GATS-Verhandler just dabei sind, die letzten Grenzen der Privatisierung des Wassers einzureißen.

Thomas Fritz, Attac AG  
Welthandel und WTO

## IWF und Weltbank:

# Dem Marktfundamentalismus der G7/8 verfallen

Neben dem christlichen oder islamischen Fundamentalismus gibt es auch noch eine andere Form des Fundamentalismus, der für die Menschheit nicht weniger gefährlich ist. Die Rede ist hier vom Marktfundamentalismus, kurz: der Glaube an die Effizienz sich selbst heilender freier Märkte. In diesem Theoriekonstrukt funktioniert die sog. *invisible hand* des Adam Smith perfekt, so dass staatliche Eingriffe unnötig werden, weil der Markt sich selbst reguliert.

Dieser marktfundamentalistischen Ideologie ist bekanntlich besonders die G7/8 verfallen. Sie versucht durch die Instrumentalisierung der wichtigen Finanz- und Wirtschaftsorganisationen wie des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank dieses Gedankengut in der ganzen Welt durchzusetzen. Die G7/8 haben diese Möglichkeit, weil sie mit einer Quote von mehr als 40 Prozent der Stimmen über eine erhebliche Macht im IWF verfügen (s. Abbildung) und somit ihre interessengeleitete Politik weitgehend durchsetzen können. Hinzu kommt, dass die USA in beiden Organisationen faktisch ein Vetorecht besitzen, d.h. alle relevanten Entscheidungen, die den ökonomischen Interessen der USA entgegenstehen, können von ihnen blockiert werden.

Die Vereinigten Staaten üben durch ihre privilegierte Position eine Personalpolitik aus, die wichtige Personalstellen mit überzeugten Marktfundamentalisten besetzt (z.B. die Stellv. Geschäftsführerin Anne Krueger vom IWF) und kritische Führungskräfte, die sich nicht zum Marktfundamentalismus bekennen, wie der Weltbank-

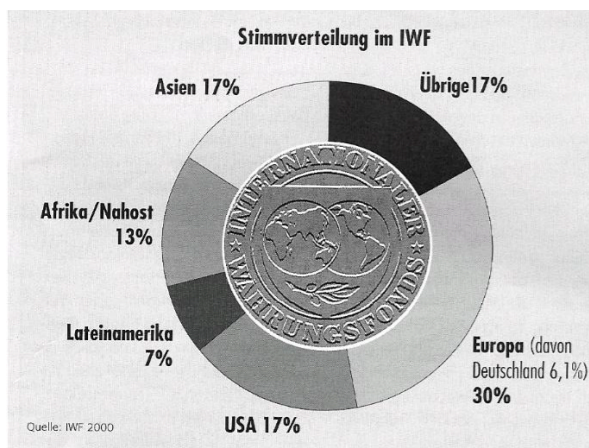
Vizepräsident Joseph Stiglitz oder der Autor des Weltentwicklungsberichts 2000/01, Ravi Kanbur, aus dem Weg räumt. Ausgerüstet mit dieser Fülle an Macht drücken die G7/8 seit Jahren - gegen den erbitterten Widerstand der Entwicklungsländer - ihre neoliberalen Strukturanpassungsprogramme und die größtenteils ökologisch fatalen Weltbank-Projekte durch, die mehr Elend und Leid über die Menschen dieser Länder gebracht haben als den von IWF und Weltbank versprochenen Wohlstand.<sup>1</sup>

Dabei orientieren sich die G7/8 am berühmten Washingtoner-Konsens, der die Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung zum heiligen Evangelium erklärt. So diktierte der IWF bei jeder Finanzkrise wie z.B. in Asien 1997/98, Brasilien 1998/99 oder Argentinien 2001 stets dieselben Weisheiten, auf die man ebenso hätte verzichten können. Es ist, als „wenn man einem Papagei den Spruch fiskalische Austerität, Privatisierung, Marktöffnung beigebracht hätte“, schreibt Stiglitz ironisch.<sup>2</sup>

Während der Fonds immer wieder in den Krisen-Ländern eingesprungen ist, um das Kapital der ausländischen Gläubiger und Kapitalanleger zu retten (bail-out), verschärfte die Anwendung des one-size-fits-all-Denkens der strengen Haushaltspolitik sowie Liberalisierung und Privatisierung die Lage der krisengebeutelten Länder und führte zu den bekanntesten „IWF-Riots“.<sup>3</sup>

Insbesondere in der Asienkrise aber hat der IWF sein Mandat als Krisenmanager dazu genutzt, um als marktfundamentalistischer Rammbock der G7/8 die Bedürfnisse des Kapitals zu befriedigen.



Stimmverteilung im IWF<sup>9</sup>

Der Asienexperte Heribert Dieter schreibt hierzu: „Der IWF hat aber, noch stärker als er es in den 80er Jahren getan hat, in der Asienkrise Interessenpolitik betrieben: Im Mittelpunkt standen die Präferenzen der Wall Street.“<sup>4</sup> Ähnlich argumentiert Prof. Walden Bello: „The funds is being manipulated by its principal and strongest stockholder, the United States, to push trade and reforms that would benefit principally US economic interests“.<sup>5</sup> Es erscheint für die G7/8 deshalb nur konsequent, keinen weitreichenden Schuldenerlass für die Entwicklungsländer zu akzeptieren, da sonst die Casino-Kapitalisten an den Börsen den acht regierenden Herren an den Hals fallen würden.

Hier stellt sich wieder einmal die viel zitierte Frage von Lenin: „Was tun?“. Will man diese Frage beantworten, ist eine Position denkbar, die vorsieht, IWF und Weltbank sowohl in bestimmten Bereichen zu schwächen als auch in anderen Bereichen zu stärken.

1. Geschwächt werden muss die gesellschaftspolitische Disziplinierungsfunktion der Organisationen gegenüber den Entwicklungsländern. Die Zeit der einheitlichen Patentrezepte wie dem Washington-Consensus sollte der Geschichte angehören. Notwendig ist ein Pluralismus von wirtschaftlichen Modellen und eigenen Entwicklungswegen für die ärmeren Länder.<sup>6</sup> Da wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse in jedem Land sehr komplex sind und unterschiedlich verlaufen, können einheitliche Maßnahmen wie der Washington-Consensus in der Praxis nur versagen. Ebenfalls geschwächt werden müssen die asymmetrischen Machtstrukturen der Bretton Woods-Zwillinge. Die einseitige Dominanzkultur und die ungerechte Stimmverteilung der Industrieländer gegenüber den Entwicklungsländern ist nicht mehr zu rechtfertigen. Eine demokratische Neuordnung der Stimmrechte in den Bretton Woods-Institutionen - wie sie beispielsweise

von der Enquete-Kommission zur Globalisierung der Weltwirtschaft empfohlen wird - ist hier zunächst ein Schritt in die richtige Richtung.<sup>7</sup>

2. Gestärkt werden müssten aber die Institutionen hinsichtlich ihrer Koordinierungs-, Steuerungs-, Regulierungs- und Finanzierungsfunktion. Hier kommt gerade dem IWF eine große Bedeutung zu, denn seine Mitglieder könnten

Kapitalverkehrskontrollen und Wechselkurszielzonen einführen, um Mitgliedsstaaten vor spekulativen Attacken zu schützen und dadurch zur Stabilisierung der Finanzmärkte beitragen. Auch mit einer neu definierten Finanzierungsfunktion, der regelmäßigen Zuteilung von Sonderziehungsrechten oder der Einführung der Tobin-Steuer könnte der IWF einen erheblichen Beitrag zur Entwicklungsfinanzierung leisten.<sup>8</sup>

Die Erfüllung dieser Ziele stellt beide Institutionen vor große Herausforderungen. Doch ohne den Druck einer breiten kritischen Öffentlichkeit werden sich diese beiden Institutionen mit ihren Hauptanteileigern G7/8 nicht von der Stelle rühren und ihr bekanntes Spiel von den „freien, sich selbst heilenden Märkten“ weiterspielen.

Lasst uns in Evian die SpielverderberIn-

## Von Evian nach Cancun

### Etikettenschwindel in der WTO: Wo Entwicklung draufsteht, ist keine drin

Geht die Rechnung der größten Handelsnationen der Welt auf, wird der G8-Gipfel in Evian ähnlich wie sein Vorgänger in Genua zur Steilvorlage für das zentrale handelspolitische Ereignis in diesem Jahr: die WTO-Ministerkonferenz vom 10. bis 14. September im mexikanischen Cancun. Hier werden die 145 Mitglieder der Welthandelsorganisation erneut zusammenkommen und versuchen, ihre Konflikte in den zentralen Themenfeldern der seit zwei Jahren laufenden Handelsrunde zu überwinden. Ein Blick zurück:

Im November 2001 - just nach den Ereignissen des 11. September - findet in Doha die vierte WTO-Ministerkonferenz statt. Abgeschildert vor allem von der kritischen Öffentlichkeit treffen sich die

nen dieses menschenverachtenden brutalen Spiels sein und lasst uns zusammenkommen, um die globalisierungskritische Bewegung zu stärken und den nächsten Meilenstein auf dem Weg zu einer anderen, gerechteren Welt zu setzen!

Burak Copur, Mitglied des Attac-Rates

#### Fußnoten

<sup>1</sup> Vgl. Chossudovsky, Michel (2002): Global Brutal. Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg, Frankfurt a. M.: Zweitausendeins, S. 42; vgl. auch Rich, Bruce (1998): Die Verpfändung der Erde. Die Weltbank, die ökologische Verarmung und die Entwicklungskrise, Stuttgart: Schmetterling.

<sup>2</sup> Stiglitz, Joseph (2002): Die Schatten der Globalisierung, Berlin: Siedler, S. 70.

<sup>3</sup> Khor, Martin (2001): Rethinking Globalization. Critical Issues and Policy Choices, London: Zed Books, S. 59.

<sup>4</sup> Dieter, Heribert (1999): Die Asienkrise. Ursachen, Konsequenzen und die Rolle des Internationalen Währungsfonds, Marburg: Metropolis, S. 15.

<sup>5</sup> Bello, Walden (1999): Dark Victory. The United States and Global Poverty. London: Pluto Press, S. 121.

<sup>6</sup> Vgl. Sen, Amartya (2002): Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München: dtv, S. 156.

<sup>7</sup> Vgl. hierzu die Berechnungen zur Neuordnung der Stimmrechte im IWF von Hufschmid, Jörg (2000): Ein Reformszenario für IWF und Weltbank. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (Heft 11/2000), S. 1349.

<sup>8</sup> Vgl. ausführlich Falk, Rainer [Hg. WEED e. V.] (2001): Die Reform des Internationalen Währungsfonds. Zwischenbilanz und Perspektiven der internationalen Debatte, Bonn.

<sup>9</sup> Zit. nach Wahl, Peter [Hg. Kairos Europa e.V./WEED e.V.] (2001): Von Bretton Woods nach Liechtenstein, S. 9-16. In: Kapital braucht Kontrolle. Die internationalen Finanzmärkte: Funktionsweise- Hintergründe- Alternativen (2001), Bonn, S.11.

Verhandlungsmeister im Emirat Qatar am Persischen Golf. Nach zähem Ringen wird der Grundstein für eine neue Welthandelsrunde gelegt. Auch als „Doha Development Agenda“ - also Entwicklungsrunde - bezeichnet, läutet sie eine erneute intensive Liberalisierungsphase insbesondere für die Entwicklungsländer ein. Das Arbeitsprogramm umfasst insgesamt über 20 höchst komplexe Bereiche, von Verhandlungen zu weiteren Zollsenkungen über die Überprüfung bestehender Abkommen bis zu den schon seit dem Jahr 2000 laufenden Verhandlungen zum GATS bis zum Agrarabkommen. Parallel werden - v.a. auf Druck der EU - Vorverhandlungen zu den sogenannten „Singapurthemen“ (Investitions- und Wettbewerbspolitik, Transparenz

im Öffentlichen Beschaffungswesen und Handelserleichterungen) forciert. Und das, obwohl Entwicklungsländer im Vorfeld von Doha eine neue Handelsrunde und die Aufnahme neuer Themen abgelehnt und auf die Umsetzung der vielen bis dato leeren Versprechungen aus der Uruguay-Runde bestanden hatten.

Wie lässt sich der „Sinneswandel“ der Entwicklungsländer erklären? Warum gelang es ihnen nicht, sich der Agenda der Übermächte USA und EU zu widersetzen, wo doch in der WTO nach Konsensprinzip abgestimmt wird? Warum traten sie erst selbstbewusst gegen die Forderungen der Wirtschaftsmächte auf, um dann am Ende doch klein beizugeben?

#### Ein Land, eine Stimme: Stimmenkauf?

Im Prinzip gilt bei Abstimmungen innerhalb der WTO das Prinzip ein Land - eine Stimme und zusätzlich das Konsensprinzip, d.h. jedes Mitglied hat ein Vetorecht. In der Realität wird der Konsens allerdings zwischen den mächtigsten Playern fernab offizieller Treffen gefunden. Diese so genannten „green room“-Meetings finden sowohl während als auch zwischen den WTO-Ministerkonferenzen statt und sind nur für bestimmte Delegierte zugänglich. Mit verschiedenen Druckmechanismen wird die vom Norden bestimmte Agenda dann dem Rest aufgezwungen. Dafür gibt es unterschiedliche Methoden. Beispiele aus Doha sind:

> Ausspielen der Entwicklungsländer untereinander, um ihren Widerstand zu brechen. Selbst Indien, das sich am heftigsten gegen die Aufnahme der Singapurthemen stark gemacht hatte, wurde so am Ende „überzeugt“.

> Drohung mit der Streichung von Entwicklungshilfe oder Handelsvergünstigungen durch die EU oder

> Erstellung von sogenannten schwarzen Listen von „anti-amerikanischen Ländern“ durch die USA.

Diese Drohkulisse sowie kleine Zugeständnisse in für Entwicklungsländer relevanten Wirtschaftszweigen wie dem Textilbereich führten zu einem „erfolgreichen“ Abschluss der Verhandlungen.

#### „Dead Deadlines“ und andere Sackgassen

Doch der „Erfolg“ dieser Verhandlungen ist inzwischen erkennbar marode geworden. Die Konflikte zwischen den WTO-Mitgliedern sind zahlreich, besonders bei den Kernanliegen der Entwicklungsländer wie in den Agrarverhandlungen oder in der Diskussion um den Import von lebenswichtigen Medikamenten zu erschwinglichen Preisen. Nachdem in der Medikamenten-

frage mehrere Einigungsfristen verpasst wurden, scheiterte auch der Versuch, Ende März einen ersten Entwurf zu einem neuen Agrarvertrag vorzulegen (siehe S. 9). Ähnlich negativ ist die Bilanz bei den „Implementierungsanliegen“ der Entwicklungsländer, einer langen Liste von ca. 100 konkreten Problemen, die sich für sie bei der Umsetzung der bereits bestehenden WTO-Abkommen ergeben haben. Auch hier glänzt die WTO mit dem Verpassen von Deadlines, wie im Falle des Textilabkommens, wo es noch nicht einmal gelang, einen Bericht über die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu erstellen. Auch die Verhandlungen über die Sonderbehandlung von Entwicklungsländern im Rahmen der WTO stecken in der Sackgasse. In Doha wurde ihnen hier das Zuckerbrot essentieller Verbesserungen versprochen, inzwischen zücken Industrieländer bevorzugt die Peitsche.

Beim Dienstleistungsabkommen GATS schreiten die Verhandlungen dagegen verhältnismäßig zügig voran, allerdings mit fragwürdigen entwicklungspolitischen Konsequenzen: So fordert die EU von mehreren Entwicklungsländern die Abschaffung von Kapitalverkehrskontrollen, die sich als erfolgreiches Instrument zur Abwehr von destabilisierenden Kapitalflüssen und Finanzkrisen erwiesen haben. Sie drängt insgesamt 72 Länder zur Liberalisierung ihrer Trinkwasserversorgung und attackiert damit staatliche Regulierungen, die notwendig sind, um auch die Ärmsten der Armen mit Trinkwasser zu versorgen (siehe S. 4). Letztere scheinen also nicht die Adressaten der viel gepriesenen „Entwicklungsrunde“ zu sein. Nur, wer ist es dann?

#### Eine Entwicklungsrunde für Konzerne?

Aufschluss bietet das drohende multilaterale Investitionsabkommen, eines der vier Singapurthemen. Auf der Ministerkonferenz in Cancun im September soll darüber entschieden werden, ob auf Basis der laufenden Vorgespräche offizielle Verhandlungen dazu eingeleitet werden. Treibende Kraft für ein multilaterales Investitionsabkommen ist die EU. Gelockt werden Entwicklungsländer mit einem prognostizierten Anstieg ausländischer Direktinvestitionen, die wiederum den entscheidenden Beitrag zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung leisten sollen. Diese Prophezeiung ist zweifelhaft, da für die vielen schon bestehenden bilateralen Investitionsabkommen ein solcher Zusammenhang nicht bedingungslos nachgewiesen werden konnte. Wahres Interesse

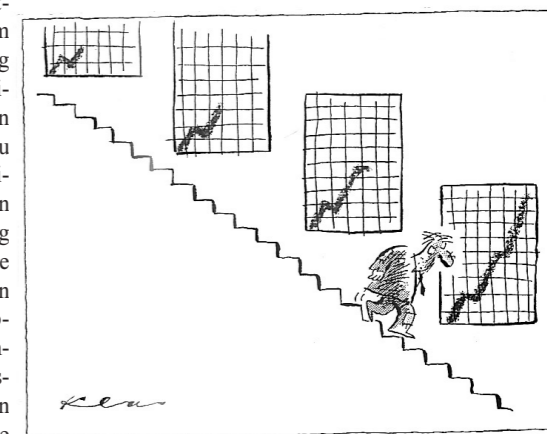
der Industrieländer ist das Festschreiben von umfassendem Investorenschutz und Investorenrechten auf internationaler Ebene gekoppelt mit freiem Zugang der Konzerne auf die Märkte der Welt und Klagemöglichkeiten auf Entschädigung bei Enteignung. Was Konzerne unter Enteignung verstehen, haben die zahlreichen Verfahren im Rahmen der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA gezeigt, in der die Vertragsstaaten reihenweise für Umwelt- und Sozialgesetze verklagt werden.

Umfassende Verpflichtungen für Investoren insbesondere im sozialen und ökologischen Bereich würden in einem Investitionsabkommen in der WTO wohl keinen Platz finden. Für Entwicklungsländer würde ein solches Abkommen eine Einschränkung ihrer entwicklungspolitischen Handlungsspielräume durch den Wegfall von Regulierungsmöglichkeiten bedeuten. Investitionen würden unkontrolliert ins Land fließen können und eine positive Integration in die lokale Wirtschaftsstruktur würde stark erschwert. Selbst das Werben seitens der Befürworter, durch ein flexibles Modell jedem Entwicklungsland die Möglichkeit zur selektiven Öffnung zu bieten, ist - wie die Erfahrungen bei GATS zeigen - nur eine Verlagerung des Machtspiels auf die bilaterale Verhandlungsebene.

#### „Ein äußerst günstiger Zeitplan“

So stimmt es nicht verwunderlich, dass Entwicklungsländer die Aufnahme von Verhandlungen zu den Singapurthemen ablehnen. Ein Vertreter Indiens in Genf forderte jüngst, die Pläne für ein Investitionsabkommen in der WTO ein für alle Mal zu begraben. Dennoch: die Ministerkonferenz in Doha hat gezeigt, dass auch nach der Revolte der Entwicklungsländer 1999 in Seattle die Machtmechanismen der Schwergewichte des internationalen Handels funktionieren.

Seit Monaten wird die Welt auf einen „Erfolg“ in Cancun eingeschworen. Gerade in Zeiten des amerikanischen Unilateralismus müssten multilaterale Institutionen wie die WTO gestärkt werden. Da ist sich selbst





die britische Entwicklungshilfeministerin Clare Short nicht zu schade, ein Bekenntnis zu einer gerechteren Welt abzulegen und im gleichen Atemzug einen Erfolg der Doha-Runde zu fordern. Gleichzeitig erhöhen die Industrienationen den Druck auf die Hauptstädte der Entwicklungsländer. Auch die „You're either with us or against us“-Rhetorik ist bereits aus der Mottenkiste geholt, um Kritiker der Zivilgesellschaft und widerspenstige Entwicklungsländer zu kriminalisieren.

In zahlreichen informellen Treffen werden die Verhandlungspositionen und Strategien für Cancun abgestimmt. So

auch beim G8-Gipfel in Evian, laut Jacques Chirac Teil „eines äußerst günstigen Zeitplans“. Der französische Staatschef hat bereits angekündigt, dass er sich dafür einsetzen will, die Diskussionen über den Zugang zu Medikamenten voran zu bringen, natürlich unter Anwesenheit zahlreicher Vertreter aus Entwicklungsländern.

Durch diese und ähnliche Pseudozustandnisse in den für Entwicklungsländer vitalen Bereichen werden die Industriestaaten versuchen, in Cancun ein „Ja!“ zu den Verhandlungen der Singapurthemen zu erkaufen. Ob dieser

Versuch gelingt, wird nicht zuletzt von der Gegenbewegung abhängen, die sich zeitgleich auf dem Festland von Cancun lautstark für ihre Forderung nach einer gerechten Weltordnung einsetzen wird. Ein Anliegen, das hoffentlich auch in Deutschland nach Kräften unterstützt werden wird. Es gäbe wohl kaum einen günstigeren Protestzeitplan als den, der es erlaubt, erst im sommerlichen Evian und danach im Spätsommer europaweit zu demonstrieren.

Pia Eberhardt, Attac AG  
Welthandel & WTO, WEED  
Nicola Sekler, WEED

## Geistige Eigentumsrechte

### Schutz für KünstlerInnen und SchriftstellerInnen oder Waffe gegen Kleinbauern/-bäuerinnen und Kranke?

In unserer Gesellschaft werden wissensbasierte Ressourcen zu einem immer wichtigeren Produktionsfaktor - sei es in Form von technischen Verfahren, Software, Texten, Medikamenten oder bei einem weitgefassten Wissensbegriff auch in Form von Tier- und Pflanzenzüchtungen. Mit der zunehmenden Bedeutung des Wissens stellt sich auch die Frage immer dringender, wie die Entwicklung und Entdeckung neuen Wissens stärker gefördert werden kann. Die neoliberale Antwort, auch mit dem Ziel möglichst viel Profit aus dem Wissen zu schlagen, ist die Stärkung geistiger Eigentumsrechte. Unter geistigen Eigentumsrechten versteht man Patente, Urheberrecht (©), Markenrecht (®/™), geographische Herkunftsbezeichnungen und den Schutz von Pflanzensorten durch Sortenschutzrechte.

#### Die grundlegende Idee all dieser Rechtssysteme ist gleich

Es wird, oft für eine beschränkte Zeit, ein Monopol zur Nutzung des jeweiligen Wissens erteilt, mit dem Ziel, den Erfindern einen Gewinn zu ermöglichen. Dieses Prinzip hat unbestreitbare Vorteile und führt in vielen Fällen zu starken Anreizen für sinnvolle Forschung und Entwicklung. Aber es gibt auch massive Nachteile:

> Es verhindert die breite Nutzung von Entwicklungen. Am deutlichsten wird das bei der Produktion von Medikamenten: Diese werden oft durch die Patentmonopole so stark verteuert, dass viele Menschen von ihrer Nutzung ausgeschlossen werden, auch wenn sie die reinen Produktionskosten

durchaus aufbringen könnten.

> Da der größte Teil der geistigen Eigentumsrechte bei den Konzernen des Nordens liegt, führt es zu einem ständig steigenden Netto-Transfer von Geldern aus dem Süden.

> Die gleiche Konzentration der Eigentumsrechte auf den Norden führt zu einer massiven Behinderung des dringend notwendigen Technologie- und Wissenstransfers in den Süden.

Der Hauptvorteil für die transnationalen Konzerne (TNCs) ist natürlich, dass geistige Eigentumsrechte Macht und Gewinne absichern und steigern. Der schrittweise Ausbau geistiger Eigentumsrechte in allen Bereichen inkl. von Lebewesen ist daher auch ein zentrales Ziel des neoliberalen Projektes. Ein zentrales Instrument ist auch hier die WTO: Seit ihrer Gründung 1995 müssen alle WTO-Mitgliedsstaaten ein internationales Abkommen über geistiges Eigentum ratifizieren, das sogenannte TRIPS-Abkommen (Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights). In diesem werden Mindeststandards für den Schutz geistigen Eigentums festgelegt, die weit über das hinausgehen, was in vielen Entwicklungsländern bisher üblich ist. Bisher gelten in vielen Bereichen noch Übergangsfristen für Entwicklungsländer, aber nach 2005 müssen die meisten dieser Länder z.B. Patente auf Medikamente einführen.

Die Einhaltung des TRIPS wird durch die WTO-Schiedsgerichtsbarkeit überwacht, so dass z.B. die unerlaubte Produktion von HIV-Medikamenten in Indien zu Strafzöllen im Textilbereich führen könnten.

#### Worum geht es in Cancún?

In Cancun wird auch das TRIPS auf der Tagesordnung stehen. Dazu ein paar Stichworte:

> **Medikamente.** Viele Industrieländer, v.a. die USA und die Schweiz wollen verhindern, dass Entwicklungsländer in Fällen eines nationalen medizinischen Notstands wie z.B. AIDSs Generika aus anderen Ländern importieren. Den Kranken in Ruanda Generika vorzuenthalten und sie den InderInnen zu erlauben, nur weil es in Ruanda keine Pharmaindustrie gibt, ist ebenso menschenverachtend wie absurd.

> **Biopiraterie.** Konzerne aus den Industrieländern patentieren Pflanzen, die teilweise seit Jahrhunderten traditionell genutzt werden. Die Entwicklungsländer wollen in Cancún Beschlüsse gegen dieses Vorgehen erreichen.

> **Farmer's Rights.** Der zunehmende Sortenschutz bei Nutzpflanzen bedroht die Rechte von Bauern, auf ihren Feldern gewonnenes Saatgut wieder auszusäen, wie es die Entwicklungsländer fordern.

Oliver Moldenhauer, Mitglied im Attac-Koordinierungskreis für die AG Welthandel und WTO, moldenhauer@attac.de

Eine Langfassung dieses Artikels und weitere Infos gibt es unter [www.attac.de/ge](http://www.attac.de/ge). Ein nächster wichtiger Schritt in der Debatte um geistiges Eigentum wird der UN-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft WSIS im Dezember in Genf werden. Dies ist ein wichtiges Thema für die neue Attac-AG zur Informationsgesellschaft.

## Das große Fressen

### Die Agrarverhandlungen der WTO verheißen nichts Gutes für die Zukunft der Welternährung

Bei der WTO-Ministerkonferenz in Cancun werden sich die Mächtigen der Welt ihre Bäuche mit Lachshäppchen und Kaviarschnitten vollschlagen - eine angenehme Aufbesserung ihrer Laune wenn sie in langen Nächten über die Zukunft des Agrarhandels entscheiden. Wie und wo in Zukunft Nahrung produziert werden und auf welche Weise sie die KonsumentInnen erreichen soll, dazu werden in Cancun die Weichen entscheidend gestellt werden.

Während der fünf Verhandlungstage werden schätzungsweise 150.000 Menschen an den Folgen von Unterernährung sterben. „Zum Glück“ verspricht uns die WTO in der „Doha-Entwicklungsagenda“ die handelsbezogenen Auslöser des Hungers zu bekämpfen: „Marktverzerrende Subventionen“ in der EU, in Japan und in den USA sollen abgebaut werden und Entwicklungsländer sollen Zugang zu den kaufkräftigen Geldbeuteln des Nordens erhalten. Dann werde sich schon alles zum Guten wenden.

#### Agrarabkommen zwischen Sturz und Reform

Aber gehen wir einen Schritt zurück: Welche Probleme sehen die Bewegungen des Südens und des Nordens im Agrarhandel? Vor allen wird das Problem des „Dumping“ thematisiert, also der Verkauf von Agrarprodukten auf dem Weltmarkt unter ihrem tatsächlichen Produktionspreis. Europäisches Rindfleisch wird beispielsweise zu einem Fünftel seiner Produktionskosten exportiert, was durch die starke Subventionierung hiesiger Betriebe möglich ist. Was zuerst an billige Lebensmittel zur Hungerbekämpfung denken lässt, zeigt seine schrecklichen Auswirkungen auf den zweiten Blick: 70 Prozent der 840 Millionen Hungernden sind selbst Bauern, die bei einer Überschwemmung lokaler Märkte mit Billigware aus dem Norden ihre eigenen Produkte nicht mehr absetzen können. Sie verlieren ihre Lebensgrundlage und damit ganze Regionen ihre Eigenständigkeit in der Nahrungsmittelversorgung. Dieses Dumping wurde durch den WTO-Agrarvertrag nicht nur legalisiert, Schlupflöcher und strukturelle Vorzugsbehandlung der großen Industrienationen errichteten sogar ein Bollwerk des Dumpings, anstatt den Agrarhandel gerechter zu gestalten, wie es sich viele Entwicklungsländer bei der Unterzeichnung 1995 erhofft hatten. Bewegungen und Regierungen in Entwicklungsländern sprechen aus einem Munde,

wenn sie sich einhellig für ein „Rebalancing“, eine grundlegende Neugestaltung des Agrarvertrages, aussprechen. Die Vorstellungen vieler sozialer Bewegungen gehen jedoch wesentlich weiter: „Take WTO out of Agriculture. Die WTO hat in der Landwirtschaft nichts zu suchen!“ - die Forderung des internationalen Kleinbauernverbandes „La Via Campesina“ ist wohl der am häufigsten gesehene Slogan bei internationalen Mobilisierungen gegen die WTO. Gemeint ist damit „Ernährungssouveränität“. Statt einer Umgestaltung der Landwirtschaft des Südens hin zu exportorientierter Produktion von Mangos, Bananen oder Spargel steckt hinter dem Konzept der Ernährungssouveränität eine an regionale Gegebenheiten angepasste Produktion von Nahrungsmitteln für lokale Märkte. Dass in Bezug auf eine Forderung wie diese in Cancun nicht viel zu erwarten ist, ist klar. Wie sieht es aber mit der moderateren Forderung nach einem „Rebalancing“ aus?

#### Keine Chancen für Entwicklung

Vor dem Hintergrund der bereits seit 2001 laufenden Agrarverhandlungen ist es äußerst unwahrscheinlich, dass eine grundsätzliche Neugestaltung des Agrarvertrages erreicht werden kann. Zahlreiche Vorschläge von Entwicklungsländern, die in diese Richtung gingen, wurden von den großen Playern abgewiegelt. Im aktuellen Papier des Leiters der Agrarverhandlungen, Stuart Harbinson, finden sich nur wenige Rudimente ihrer Forderungen wieder. Im Namen der Liberalisierung wurden dringend erforderliche Schutzmaßnahmen gegen hochsubventionierte Produkte aus dem Norden, wie die viel diskutierte „Development Box“, gnadenlos gestrichen. Übrig bleiben verwässerte Instrumente wie die

sogenannten „strategischen Produkte“, die das Dumping nur äußerst begrenzt in die Schranken weisen können. Auch beim Thema Marktzugang im Norden für Exportprodukte aus dem Süden sind nur minimale Zugeständnisse zu erwarten. Die Forderung nach Marktzugang im Norden stellen allerdings auch eher Regierungen in Entwicklungsländern auf, die sich von verstärkten Exporten Devisen zur Schuldentilgung erhoffen oder damit in ihre eigene Tasche wirtschaften wollen. Dass eine exportorientierte Landwirtschaft auch in den Ländern des Südens mit Gefahren für Kleinbauern und Umwelt einhergeht, darf jedoch nicht übersehen werden.

Für die Situation der Hungernden in der Welt verspricht die Agenda von Cancun keine positiven Entwicklungen. Die „Doha-Entwicklungsagenda“ hat sich als Lippenbekenntnis entlarvt, die dazu dient, die Interessen der Mächtigen mit einem verbalen Unschuldsmäntelchen zu versehen. Die Liberalisierung zugunsten des Nordens auf dem Rücken der Ärmsten der Armen wird weitergehen, wenn die Regierungen der Entwicklungsländer dem nicht ein klares „Nein!“ entgegensetzen. Aber für dieses „Nein!“ stehen die Chancen schlecht: Aufgrund der Entscheidungsstrukturen und Machtmechanismen in der WTO (siehe S. 6f) gibt es allen Grund zur Befürchtung, dass sich die Regierungen der Entwicklungsländer der Dynamik der Ministerkonferenz des Kaufens und Erpressens unterwerfen und den Ausverkauf ihrer Landwirtschaft und ihrer Bevölkerung abnicken werden.

So bleibt den sozialen Bewegungen nur eines: Uns vereint gegen die WTO zu stellen und sie „zum Entgleisen zu bringen“, wie der philippinische Aktivist Walden Bello es treffend bezeichnete. Wir müssen es schaffen, ein ausreichendes Maß an öffentlichem Druck aufzubauen, um die Liberalisierungsmaschine in Cancun zum Stillstand zu bringen. Die GATS-Kampagne ist ein wichtiger erster Schritt, aber es muss weitergehen. Stoppen wir das große Fressen, Hunger ist nicht verhandelbar!

Paul Buntzel, Attac AgrarNetz  
(<http://www.attac.de/agrarnetz>)



#### Die Informationsstelle Lateinamerika (www.ila-web.de) hat soeben veröffentlicht:

- Ila Dossier WTO, 32 Seiten A4, 2,50 Euro*
- ausführliche Beiträge zur Bedeutung der WTO für Lateinamerika, u.a. zu
  - Entwicklung des Welthandelsregimes
  - Interessen der Europäischen Union
  - Landwirtschaft in Mexiko
  - Gesundheitswesen in El Salvador
  - Energiepolitik in Kolumbien
  - Medizinische Versorgung in Brasilien
  - US-Politik & Ges.amerikan. Freihandelszone

Bezug über [attac-Materialversand](http://attac-materialversand.de)



# Blaues Gold – der globale Kampf um unser Wasser

## Interview mit Maude Barlow / Council of Canadians, Kanada



Foto: Attac Stuttgart

Maude Barlow im Gespräch. Vierte WTO-Ministerkonferenz in Doha / Qatar im November 2001.

Maude, du lebst in Kanada, einen Land mit vielen großen Seen und Flüssen und viel Regen. Wie bist du auf die weltweite Wasser-Krise aufmerksam geworden?

Barlow: Ja, in Kanada gibt es viel Wasser. Aber das meiste fließt in großen Flüssen nach Norden. Ich begann mich mit dem Thema zu beschäftigen, weil Wasser in den Freihandelsabkommen zwischen den USA und Kanada (das am 1. Januar 1989 unterschrieben wurde) als Ware und in der NAFTA, die vier Jahre später unterzeichnet wurde, als Ware und als Investitionsgut enthalten ist. Wasser ist in diesen Abkommen den selben Bedingungen des "proportionalen Teilens" unterworfen wie unsere Öl- und Erdgasvorkommen: Wenn wir mit dem kommerziellen Export unseres Wassers in die USA beginnen, wird es uns nie wieder erlaubt sein, den Hahn zuzudrehen und all diese mächtigen nach Norden fließenden Ströme können zwangsweise nach Süden geleitet werden, mit katastrophalen Konsequenzen.

Im Februar 2001 hast du im "Ecologist" einen Artikel über GATS veröffentlicht. Das war einer der frühen Aufwachrufe gegen den GATS-Angriff, zumindest für ein breiteres Publikum. Er begann mit einer Beschreibung des Wasserkampfes in Cochabamba/Bolivia als Beispiel dafür, wie GATS die Möglichkeit der Menschen, für sie wichtige Dienstleistungen zu kontrollieren, zerstören könnte. Wasser ist ein wesentliches

Thema in der GATS-Debatte. Wo stehen wir im Moment?

Barlow: Wie ihr wisst, zielt die EU darauf ab, Wasser als einen Hauptbereich in die endgültigen Vereinbarungen des GATS aufzunehmen. In einem atemberaubenden Akt der Heuchelei sagt die EU jetzt, dass die europäischen Länder ihre Wasserdienstleistungen nicht öffnen müssen, aber sie fährt fort damit andere Länder zu drängen, ihre Wasserdienstleistungen für die großen europäischen Wasserkonzerne zu öffnen. Ich glaube, dass Wasser der Prüfstein für GATS wird und das beste Beispiel (vielleicht außer dem Gesundheitsbereich) dafür ist, warum das GATS-Regime so korrupt ist und ausschließlich im Interesse der großen Konzerne arbeitet.

Der globale Wasser-Raub läuft auf vielen Ebenen, durch Freihandelsabkommen unter der WTO, der NAFTA oder ALCA, durch das Welt Wasser Forum, lokal durch die Privatisierung kommunaler Dienstleistungen. Auch wenn die Akteure und Motivationen sich unterscheiden, gibt es einen starken Drang, die Wasser-Ressourcen der Welt weg aus der öffentlichen Kontrolle in die Hand privater Konzerne zu bringen. Was sind die treibenden Kräfte und Mechanismen hinter dieser Entwicklung und seit wann ist sie im Gang?

Barlow: Die großen Wasserkonzerne wussten früher als die meisten von uns, dass weltweit das Wasser schwindet und zogen los, um es unter sich aufzuteilen.

Sie benutzen jede globale Institution, einschließlich der Weltbank, der regionalen Entwicklungsbanken und des IWF und schufen noch ein paar mehr dazu. Wasser-Privatisierung ist seit einem Jahrzehnt Teil der Weltbank-Aktivitäten und Wasser wurde als Ware in das alte GATT aufgenommen. Wir sprechen also über einen langfristigen Prozess. Der neue Akteur – der „Welt Wasser Rat“ (World Water Council, WWC) wurde 1997 gegründet und hat sich selbst, wie Ricardo Petrella sagt, als Oberkommandeur des Wassers eingesetzt.

Der Gipfel über nachhaltige Entwicklung in Johannesburg im letzten Jahr wurde zu einer großen "Show" der Konzerne. Wasser stand im Zentrum. Wie konnte es passieren, dass Konzerne den Prozess von Rio, der für die weltweite Zivilgesellschaft ein Ausgangspunkt in der Arbeit hin zu einer nachhaltigen Zukunft gewesen war, übernahmen?

Barlow: Die großen Wasserkonzerne besetzten den World Summit in Johannesburg durch die WTO. Nachdem die WTO eine Vereinbarung in Doha/Qatar im November 2001 zustande gebracht hatte (mit der den Entwicklungsländern in abstoßender Weise die Daumenschrauben angelegt wurden), benötigte die WTO einen anderen Schauplatz, um zu konsolidieren, was sie in Doha erreicht hatte. Johannesburg wurde dieser Ort. Die großen Wasserkonzerne saßen dort als Delegierte neben den EU-Ländern und nahmen enorme Geschenke auf diesem Treffen entgegen. Und sie arbeiteten auch eng mit der UN zusammen.

In Johannesburg haben private Konzerne – dank der Regierungspolitik – in manchen Gebieten bereits die Wasserversorgung übernommen. Was bedeutet die Wasser-Privatisierung für die Menschen dort?

Barlow: Wasser-Privatisierung in Süd-Afrika bedeutet, dass das in der Verfassung garantierte Recht auf Wasser eine Lüge ist. Private Wasser-Gesellschaften wie Suez bringen das Wasser durch die Leitungen zu den Wohnungen der Armen in den Townships. Aber zwischen der Leitung und der Entnahmestelle ist ein moderner Wasserzähler, der jeden entnommenen Wassertropfen aufzeichnet. Man nennt das, "Vollkosten-Erstattung" und es bedeutet, dass die Leute die gesamten Kosten für das Wasser bezahlen müssen, einschließlich exorbitanter



Soeben ist im Deutschen Maude Barlows und Tony Clarks Studie über Wasser und die Mächtschaften der Konzerne erschienen: *Blaues Gold. Das globale Geschäft mit dem Wasser.* Verlag Antje Kunstmann, 340 S., 24,90 Euro, ISBN: 3-88897-327-9.

Profite für die Shareholder. Meistens müssen die Menschen zu Flüssen mit Cholera-Warnschildern gehen, um sich dort das Wasser zu holen. Das gibt dem alten Sprichwort "Wasser, überall Wasser und nirgends was zu trinken.", gewissermaßen eine neue Bedeutung.

Während des Welt Sozial Forums in Porto Alegre in diesem Jahr versammelten sich Wasser-Aktivistinnen aus der ganzen Welt in verschiedenen Wasser-Workshops, hielten improvisierte Strategie-Treffen ab und brachten schließlich den ersten Entwurf einer zivilgesellschaftlichen Welt-Wasser-Agenda hervor. Wie siehst du diese Treffen?

Barlow: Die Treffen in Porto Alegre waren zentral für die Vorbereitung des 3. Welt Wasser Forums in Kyoto im März 2003. Es ist essentiell wichtig, dass wir fortfahren, unsere eigene Agenda in regionalen und internationalen Sozialforen voran zu bringen. Ich habe große Hoffnung dass wir vor dem Welt Sozial Forum nächstes Jahr in Indien ein Welt-Wasser-Forum abhalten werden.

Bisher scheint sich die Debatte um die Kontrolle durch private Konzerne versus Kontrolle durch staatliche Stellen zu drehen. Die UN bietet einen betrügerischen Kompromiss mit den Private-Public-Partnerships an – was letztlich bedeutet, dass die Öffentlichkeit die Investitionen finanziert und die Konzerne die Gewinne einstreichen. Aber diese Debatte scheint zu kurz zu greifen. In Deutschland sind Staatsmonopole auf öffentliche Güter de facto Einstiegspunkte

für Privatisierung geworden. Verwaltungen auf allen Ebenen handeln wie Privateigentümer an öffentlichen Gütern und verkaufen sie, je nachdem, ob es für ihren finanziellen Bedarf günstig erscheint. Es sieht so aus, als ob ein Teil der Krise unser verlorenes gegangenes Verständnis dessen ist, was "öffentlich" eigentlich bedeutet. Benötigen wir nicht überhaupt neue gesellschaftliche Institutionen, um unsere gemeinsamen Angelegenheiten unter Kontrolle zu bekommen?

Barlow: Ja, ich bin sehr besorgt, dass so viele unsere Regierungen auf die

Private-Public-Partnership-Lösungen hereinzufallen scheinen, ohne sie zu hinterfragen. Wir benötigen neue Bürger-Institutionen, um unsere globalen und lokalen Gemeingüter vor diesen kurz-sichtigen Regierungen zu schützen, die scheinbar diejenigen vergessen haben, die so hart dafür gekämpft haben, um uns (und ihnen) diese fundamentalen Rechte zu geben.

Wasser wirft viele Fragen auf. Wir haben jetzt nur Handelspolitik und „governance“ berührt. Wie Pablo Solon bei der Presse-Konferenz in Porto Alegre beschrieb, sind im Wasser alle Themen, mit denen zivilgesellschaftliche Gruppen zu tun haben, vertreten: Armut, Gender, Gesundheit, Bildung, Menschenrechte, Umwelt, Krieg und Frieden, Handel, etc. Wird Wasser eine Art Fokus, der es uns erlaubt, ein Hauptthema gemeinsam zu bearbeiten, ohne dabei unsere Diversität und Komplexität aufzugeben?

Barlow: Wasser wird aus mehreren Gründen ein Brennpunkt für viele unserer Tätigkeiten in allen Gebieten sein: Wasser geht uns aus und bald wird sich jeder aus Angst damit beschäftigen; es ist direkt verbunden mit Fragen der Ungleichheit von Klassen, Geschlecht und Rassen; es ist die Ursache großer Spannungen zwischen geographischen und politischen Territorien (und könnte die Ursache für Frieden sein); und es wurde zu einer fragten Ware für alle die großen Institutionen, denen wir entgegen treten – WTO, Weltbank und Transnationale Konzerne.

Das Interview wurde Anfang April 2003 per e-mail geführt. Fragen und Übersetzung von Johannes Lauterbach, Attac-Stuttgart und Attac AG Welthandel und WTO

Maude Barlow kämpft seit Jahrzehnten in Kanada und weltweit für Bürgerrechte und gegen den Ausverkauf der Erde. Sie war maßgeblich am Widerstand gegen die NAFTA und gegen das MAI beteiligt. Sie ist Vorsitzende des Council of Canadians, der größten Bürgerrechtsbewegung Kanadas, Vorstandsmitglied des International Forum on Globalization, Mitbegründerin des „Blue Planet Project“, einer globalen Bürgerbewegung zum Schutz des Wassers und Autorin mehrerer Bestseller, u.a.: „Global Show-down“ (zusammen mit Tony Clarke), „Mai: The Multilateral Agreement on Investment and the Threat to American Freedom“ und „Blue Gold: The Fight to Stop the Corporate Theft of the World's Water“, von dem soeben die deutsche Ausgabe unter dem Titel

„Blaues Gold – Das globale Geschäft mit dem Wasser“ beim Antje Kunstmann Verlag, München, erschienen ist. – Maude Barlow lebt in Ottawa, Kanada.





## Der Blick in die Zukunft:

# Herausforderungen für Attac-Gruppen

Eine Zeit des intensiven Engagements liegt hinter allen Attac-Gruppen. Die Vielfalt und Lebendigkeit, die bei ungezählten Anti-Kriegsdemonstrationen, Aktionen und anderen Aktivitäten zu Tage getreten ist, ist sehr beeindruckend. Gleichzeitig treten in immer mehr Gruppen Probleme und Konflikte in der Alltagsarbeit auf. Diese konstruktiv anzupacken und zu überspringen, ist eine zentrale Herausforderung.

### Toleranz, der gemeinsame Nenner von Attac-Gruppen

Die vielfältige Zusammensetzung der Attac-Gruppen stellt viele vor eine gewaltige Zerreißprobe. Die Vielfalt zusammenzuhalten und sie konstruktiv weiterzuentwickeln, gleicht nicht nur dem Versuch mit dem Sack Flöhen. Die alltägliche Auseinandersetzung um unterschiedliche Herangehensweisen, politische Differenzen und Schwerpunktsetzungen ist meistens äußerst konfliktträchtig. Allzu oft verlassen Aktive und Interessierte wieder die Gruppen, da ihnen der wohlwollende Umgang mit Differenzen fehlt.

Vielfalt ermöglichen bedeutet gerade in Attac-Gruppen, unterschiedliche Positionen zulassen, konstruktive Auswege finden, häufig von den eigenen Positionen abzuweichen, andere Ideen zuzulassen, eigene Themen zurückzustellen, mit anderen Menschen zusammenarbeiten, die den eigenen Lebensweg sonst nicht kreuzen würden. Weiter bedeutet es, den Namen Attac nicht für die eigenen individuellen Ziele und Ideen zu benutzen. Dies mag vordergründig reizvoll sein, doch gewinnen lässt sich damit nichts. Nicht zuletzt ist eine immer wiederkehrende kritische Reflexion darüber notwendig, ob die bunte Zusammensetzung auch nach einem halben Jahr Attac-Arbeit noch vorhanden ist. Falls dies nicht mehr der Fall ist, bedarf es einer gründlichen Ursachenanalyse.

In einigen Gruppen fehlt es mittlerweile an Toleranz, an Gesamtschau und an dem Willen, wirklich gemeinsam für eine andere Welt zu streiten. Die Breite und Vielfalt in den Attac-Gruppen zusammenzuhalten und noch weiter zu befördern ist die schwierigste und zugleich wichtigste Hürde, die wir in der nächsten Zeit zu überwinden haben. Denn nach wie vor

sind wir noch weit entfernt von unseren Zielen. Wollen wir sie wirklich erreichen, müssen wir noch viel mehr Menschen bei Attac versammeln. Dies schaffen wir nur durch ein breites, tief in die Gesellschaft hinein wirkendes buntes Bündnis.

### Festigung der Gruppenstrukturen

Damit eng verbunden ist die weitere Festigung der einzelnen Gruppen in organisatorischer Sicht. Dies gilt im Hinblick auf Kommunikationsanforderungen, Entscheidungsstrukturen und auf die Integration von neuen MitstreiterInnen. Die Frage nach Verbindlichkeit der Einzelnen ist ein Bereich, in dem jede Attac-Gruppe vielfältige, wenn auch nicht immer positive Erfahrungen gesammelt hat. Verbindlichkeit herzustellen, ohne zu überfordern, ohne zu stark einzuengen, aber auch ohne Frustration, muss vor Ort ausprobiert werden. Letztlich geht es darum, realistisch zu werden hinsichtlich der eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten, Aufgaben zu übernehmen. Auch einmal "nein" zu sagen und auf die eine oder andere "wichtige Sache" zu verzichten, ist oft sinnvoller als sich ständig zu überfordern.

## KünstlerInnen unterstützen Attac-Gruppen Netzwerk KulturAttac gegründet

Warum ist Kunst und Kultur in einer Bewegung wie Attac wichtig? Kultur ist die Basis, auf der wir alle täglich Entscheidungen treffen. Kultur ist das Bindeglied der Gesellschaft, das Zusammenhalt schafft. Darum braucht eine andere Welt auch eine andere Kultur.

Es gibt viele Quellen der Kultur, aber Medien, Kunst, Wissenschaft sowie Werbung und Marketing gehören heute zu den wichtigsten. Die Mächtigen und Konzerne, die die meisten dieser Quellen besitzen oder finanzieren, kontrollieren die Kultur und bestimmen so auch den Rahmen, in dem wir unsere Entscheidungen treffen. Eine andere Gestaltung von Medien, Kommunikation, Information, Kunst und Kreativität ist der entscheidende Weg für die Befreiung der Menschen aus den starren Strukturen, die die Welt in diese Krise geführt haben. Diese Befreiung wird das Hauptziel von KulturAttac sein. Zu KulturAttac gehören Akteure und Interessenten aus dem Kulturbereich wie Medien, Musik, Theater, Literatur und Kunst: Bands, Schauspieler, Redakteure, Schriftsteller, Regisseure, Designer, Marketing-Fachleute, Eventmanager und sonstige Kreative. Es ist nicht einfach, Freidenker in einer Bewegung zusammenzubringen und zu halten. Aber gerade das ist eine Herausforderung und das Potential dieses Zusammenschlusses. Das Netzwerk ist in der Entstehungsphase, trotzdem zeigen sich bereits erste klare Aufgabenfelder: KulturAttac will die Ziele der

globalisierungskritischen Bewegung mit kreativer Kunst-, Kultur-, Medien- und Kommunikationsarbeit unterstützen. Das bedeutet konkret, dass KünstlerInnen sich in Attac-Projekte einbringen oder eigenständig Aktivitäten entwickeln. Attac-Gruppen können KünstlerInnen anfragen und um Unterstützung bitten. KulturAttac will zudem einen kreativen offenen Raum schaffen, in dem sich jede und jeder entfalten kann.

Verschiedenste KünstlerInnen haben sich seit Beginn bei Attac engagiert, z. B. in der Erstellung von künstlerisch und politisch wertvollen Plakaten und Postkarten, durch das Zeichnen von Karikaturen, durch Musik, Kabarett und Schauspiel bei Attac-Veranstaltungen, durch Fotos, durch Gestaltung globalisierungskritischer Abende in Schauspielhäusern, durch Solikonzerte, durch das Drehen von Spots über Attac, mit Dokumentarfilmen etc. Zur Zeit wird eine CD gegen den Krieg produziert. Darauf bringen 120 Bands aus den USA und aus Europa mit ihrer Musik ihren Protest zum Ausdruck. Die Einrichtung einer Kunst-Webseite, die auch ein Treffpunkt der Netzwerke sein soll, wird auf den Weg gebracht.

Wir laden Interessierte herzlich ein, sich bei KulturAttac zu engagieren. Wenn du dich angesprochen fühlst, dann melde dich bitte bei [info@kulturattac.de](mailto:info@kulturattac.de) und sag uns, wofür du dich gerne einsetzen möchtest. Bei uns gibt es bestimmt noch Freiraum für dich und deine Ideen!

Astrid Schaffert, Attac Koordinierungskreis und Gruppenbetreuerin

**Infos:** [info@kulturattac.de](mailto:info@kulturattac.de), bei Davide Brocchi, T. 0211/3982899 oder bei Jörn Hagenloch, T. 030/ 41 93 58 74.

Um Probleme zu überwinden ist es hilfreich, Zeit und Raum für die Reflexion über die Gruppe und die gemeinsame Arbeit zu schaffen. Im Alltag inne zu halten, die Probleme zu erspüren und festzuhalten sowie gemeinsame Ziele zu entwickeln, sollte trotz vielfältigster anstehender konkreter Aufgaben in regelmäßigen Abständen institutionalisiert werden. Sind Probleme und Ziele transparent, lassen sich leichter gemeinsame Strategien und Maßnahmen erarbeiten, die für alle ein gewisses Maß an Verbindlichkeit haben. Sich gemeinsam Ziele zu setzen und zu überlegen, auf welchen Pfaden und mit welchen Maßnahmen diese erreicht werden können, kann der lokalen Attac-Arbeit auch eine ganz neue politische Qualität geben.

### Öffentlichen Druck erhöhen: Die Rolle von Aktionen

Attac und die Attac-Gruppen waren erfolgreich darin, einen hohen Bekanntheitsgrad zu erreichen und unsere Forderungen in die Öffentlichkeit zu bringen.

Nun steht an, den Druck hinter unseren Forderungen zu erhöhen. Hierbei spielen Aktionen eine zentrale Rolle. Durch Aktionen können Bilder geschaffen werden, die in den Köpfen der Menschen hängen bleiben. Durch symbolische Zuspitzung und Präsenz vor Ort kann Druck auf die Gegner in Wirtschaft und Politik ausgeübt werden. Wir können Unruhe stiften, Konflikte dramatisieren und unsere Entschlossenheit demonstrieren, doch müssen wir unsere Welt der Aktionen vielfältiger, bunter, lebendiger und vielleicht auch entschlossener gestalten. Gerade Attac-Gruppen haben durch Aktionen die Möglichkeit, unsere Forderungen mit Nachdruck in die lokalen politischen Auseinandersetzungen einzubringen. - Nebenbei bemerkt schweißen gemeinsame Aktionserfahrungen zusammen und machen vor allem Spaß.

### Unterstützung vom Attac-Büro

Zum Schluss sei noch erwähnt, dass es bei allen Problemen, Wirren des Alltags und politischen Erfolgen Unterstützung

vom Attac-Büro gibt. Professionelles FeedBack zu Aktionsideen, Kongressvorbereitungen oder Gruppenprozessen gibt es ebenso wie Aktionsideen und Rechtshilfetipps. Das Gruppenteam ist bemüht, Bedürfnisse in den Gruppen zu erkennen und darauf zu reagieren. Zum Beispiel mit Regionalkonferenzen, um eine lebendige Integration der Attac-Gruppen in bundesweite Kampagnen zu ermöglichen oder mit Seminarangeboten zur Professionalisierung der eigenen Gruppenarbeit, Aktionscamps, regionalen Austauschtreffen oder mit einer Schlichtergruppe mit neutralen und professionellen ModeratorInnen.

### Die Gruppencombo

- Felix Oekentorp (Norden), [Oekentorp@attac.de](mailto:Oekentorp@attac.de), 0234/ 610 3785
- Stephanie Handtmann, (Hessen), [Handtmann@attac.de](mailto:Handtmann@attac.de), 069/ 900 28122
- Astrid Schaffert, (Süden), [Schaffert@attac.de](mailto:Schaffert@attac.de), 0761/ 6129 0440.

## Gegenstimmen in der Wüste des Neoliberalismus

Seit November 2002 lädt Attac Berlin im Rahmen der Reihe Gegenstimmen einmal monatlich Gastreferent/innen zu Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen ins Grips Theater ein. Die bisherigen Themen waren: Globalisierung und Ökologie („Der verkaufte Planet“), „Arbeit bis zum letzten Job“, „Kriege ohne Grenzen“, GATS, Europa, „Alternativen zum globalen Kapitalismus“ sowie „Zahl oder stirb. Die Zukunft des solidarischen Gesundheitssystems“. Die Künstlerinnen und Künstler des Grips Theaters begleiten die Abende jeweils mit einem künstlerischen Rahmenprogramm aus z.T. eigens geschaffenen kleinen Szenen, kabarettistischen Einlagen, Lesungen und Musik. Die Veranstaltungen werden von den entsprechenden Berliner Attac-Arbeitsgruppen mit vorbereitet.

Ziel der Reihe ist es, angesichts der Hegemonie neoliberalen Denkens einen Raum für eine „Gegenöffentlichkeit“ zu schaffen, wo Fragen und Positionen diskutiert werden können, die im politischen Diskurs der Parteien und Medien kaum vorkommen.

Der Publikumsandrang übertraf von Anfang an alle Erwartungen. Etwa 400 ZuschauerInnen kamen zur ersten Veranstaltung und auch die folgenden Abende waren ähnlich stark besucht. Zweifellos spielt hier der Synergie-Effekt mit dem Grips Theater eine große Rolle, das als

engagiertes Kinder- und Jugendtheater in Berlin und weit darüber hinaus ausgesprochen bekannt und beliebt ist. Dadurch kommen auch viele (insbesondere junge) Menschen, die sonst kaum Berührung mit Attac haben, zu den Veranstaltungen.

Auch die anderen Kooperationspartner haben einiges dazu beigetragen, dass die Reihe so erfolgreich gestartet werden konnte. Die DGB-Jugend Berlin-Brandenburg unterstützt die Gegenstimmen finanziell, die taz stellt kostenlos Anzeigenplatz zur Verfügung. Vor allem sind es natürlich die ReferentInnen, die durch ihr Wissen und ihr honorarfreies Engagement die Gegenstimmen mit Leben erfüllen.

Das Interesse an der Reihe zeigt, dass es einen erheblichen Bedarf an fundiertem Wissen und an Diskussion über globalisierungsrelevante Themen gibt. Immer deutlicher wird, dass die sich verschärfende soziale, ökonomische, ökologische und politische Krise nicht durch Parteien bewältigt werden kann. Das Kreuz auf dem Wahlzettel alle vier Jahre reicht für eine ernstzunehmende Demokratie nicht aus. Für viele Menschen erscheint Attac in dieser Situation als Hoffnungsträger. Doch ein grundlegender Wandel von unten wird nur dann möglich sein, wenn es gelingt, der herrschenden Kultur von "Expertenkommissionen" eine Kultur informierter und selbst denkender,



Foto: [www.gegenstimmen.de](http://www.gegenstimmen.de)

KünstlerInnen des Grips Theaters umrahmen die Gegenstimmen-Veranstaltungen in Berlin

engagierter BürgerInnen entgegensetzen. Die Gegenstimmen wollen dazu einen Beitrag leisten.

Fabian Scheidler, Attac Berlin

**Infos:** [www.gegenstimmen.de](http://www.gegenstimmen.de)

**Nächste Veranstaltung:** 29. Juni: "Wieviel Markt trägt die Demokratie", mit Walden Bello und Birgit Mahnkopf. Der Eintritt ist frei. Kartenreservierung: 030 / 397 474 77.

**Koordination:** Fabian Scheidler, Tel.: 030 / 78 63 50, [gegenstimmen@attacberlin.de](mailto:gegenstimmen@attacberlin.de)



# Die Globalisierung und der Krieg - Neoliberalismus und Neokonservatismus

Viele Attac-Gruppen haben sich in den vergangenen Monaten engagiert in die Friedensbewegung eingebracht und diese mitgeprägt. Insbesondere hat Attac immer wieder explizit auf die Zusammenhänge zwischen Krieg und (neoliberaler) Globalisierung hingewiesen. Das Motiv Öl diente als Angelpunkt (und Schmiermittel) der Verbindung von Antimilitarismus und Globalisierungskritik.

Die Eroberung von Ölquellen wurde dabei in verschiedene Varianten mit der globalisierten Ökonomie verknüpft und als Kriegsursache benannt:

a) Ein Angriff auf den Irak ermöglicht den USA Zugang zu mehr Öl bei sinkenden Weltölvorräten.

b) Durch die Besetzung der irakischen Ölquellen kann die OPEC geschwächt werden und eine Billig-Öl-Politik zugunsten einer reibungslosen Weltwirtschaft ermöglicht werden

c) Mit der Kontrolle über irakisches Öl kann garantiert werden, dass das globale Ölgeschäft auch in Zukunft in Dollar faktoriert wird, so dass der Dollar gegenüber dem Euro stark bleibt.

d) Mit dem Zugriff auf Iraks Ölressourcen verbessert sich die geostrategische Position der USA gegenüber dem Öl-hungrigen China.

Abgesehen von dieser Ebene direkter ökonomischer Interessen lohnt es sich aber auch, die Zusammenhänge zwischen Globalisierung und Krieg auf der Ebene der politischen Weltbilder der beteiligten US-amerikanischen Akteure unter die Lupe zu nehmen. Sowohl die Neokonservativen (z.B. Cheney u. Rumsfeld) als auch die christlichen Rechten (z.B. Bush u. Ashcroft) in der Regierung von George W. Bush lassen sich als Teil der hegemonialen neoliberalen Koalition in der US-amerikanischen Gesellschaft verstehen. Während die Neoliberalen, wie sie allgemein begriffen werden, eher einen wirtschaftspolitischen Fokus haben, bilden die „Neocons“ vor allem eine gesellschaftspolitisch-moralische und außenpolitische Bewegung. Die religiösen Rechten konzentrieren sich insbesondere auf moralische Themen, aber auch sie propagieren eine neoliberale Weltwirtschaftspolitik. In sich selbst sind die genannten Gruppen dieser breiten neoliberalen Blocks äußerst heterogen, so dass ich sie in den folgenden Zeilen nur grob skizzieren kann.

Es ist kein Zufall, dass, als Ende der 70er Jahre der zuvor nur in männerbünd-

lerischen Zirkeln organisierte ökonomische Neoliberalismus seinen Durchbruch hatte und sich zunehmend popularisierte, sowohl die Neokonservativen als auch die christliche Rechte in der Reagan-Administration ein günstiges Betätigungsfeld fanden und eine Phase intensiver Mobilisierung erlebten. In vielen Punkten teilen sie ein gemeinsames Weltbild.

Während den ökonomisch orientierten Neoliberalen daran gelegen ist, weltweit Märkte und Anlagemöglichkeiten für ihr Kapital zu schaffen, sehen sich die Neokonservativen als Kämpfer für Freiheit und Demokratie. Für sie ist der Kampf für Demokratie weltweit und die Schaffung eines globalen amerikanischen Imperiums (und umgekehrt) identisch. Ob die Vertreter der Bush-Regierung letztlich selbst an ihre Behauptung, für Frieden, Freiheit und Demokratie zu streiten, glauben oder nicht, ist müßig. Jedoch ist sie insofern sehr ernst zu nehmen, als dass der Krieg in den USA durch sie eine öffentliche Zustimmung fand, die ihn erst führbar machte.

Beide Strömungen sprechen von einem Kampf gegen den Totalitarismus: Während sich die neoliberalen Netzwerke in der Mitte des 20. Jahrhunderts gegründet hatten, um einen „Kreuzzug gegen den marxistischen und keynesianischen Totalitarismus“ aus-

zutragen, beziehen sich die Neokonservativen auf die Feindbilder europäischer Faschismus, japanisches Kaiserreich, Sowjetkommunismus und den nahöstlichen Ba'athismus Iraks und Syriens. Auch die rechten Kirchen stehen gemäß ihres Selbstverständnisses im Kampf gegen den „Totalitarismus“. Innenpolitisch sehen alle drei Strömungen in den Liberalen (auf deutsche Verhältnisse übertragen beziehen diese sich in etwa auf ein sozialdemokratisches Programm) ihren gemeinsamen Feind. Deren Forderungen nach sozialstaatlichen Elementen werden als Vorbote gleichmacherischer und totalitärer Herrschaft gedeutet. Da ist es nur konsequent, dass der Neokonservative Wattenberg gegen Ende der Ost-West-Konfrontation im Jahr 1989 bemerkte: „Die amerikanischen Steuerzahler haben nicht Billionen von Dollar während des Kalten Krieges aufgebracht, um einige Länder mehr zu schaffen, die wie Schweden sind.“ Diese Frontstellung gegenüber sozialstaatlicher Politik gilt ohne Abstriche auch heute noch.

Von neoliberaler Seite liegt der Abwehr von sozialstaatlicher Regulierung die Angst zugrunde, dass die Möglichkeiten zur Profitmaximierung und die unternehmerische Freiheit des Einzelnen beschnitten werden. Die „Neocons“ gehen davon aus, dass



sowohl totalitäre Regime als auch Wohlfahrtsstaaten versuchen, den Menschen zu verändern; sie akzeptieren ihn nicht wie er ist und zwingen ihm eine „unnatürliche und falsche Identität“ auf. Im übrigen ist für die Neokonservativen nicht jede Diktatur ein totalitärer Staat. Staaten, die keine „Gleichmacherei“ betreiben und die „natürliche Ordnung“ nicht antasten, wie z.B. der Iran unter dem Schah und das heutige Jordanien, sind tolerierbar.

Kurzum: Neoliberale und Neokonservative empfinden Wohlfahrtsstaaten und totalitäre Regime als ähnlich bedrohliche Regierungsformen. In beiden Fällen sehen sie Staatsbürokratien am Werk, die alle Lebensbereiche der Gesellschaft durchdringen und/oder das Individuum von Wohlfahrtsbezügen abhängig machen. In der Sprache der ökonomisch orientierten Neoliberalen ist die Rettung der „schlanke Staat“; die Neokonservativen nehmen dieses Motiv auf, indem sie sich als Verteidiger eines „natürlichen“ Rechts auf Selbstbestimmung des Einzelnen sehen. Sie betrachten eine „dezentralisierte Regierung“, wie sie sie in den USA gegeben sehen, als die „einzig richtige“ Ordnung.

Die Unterscheidung der „Neocons“ zwischen Totalitarismus und zentralistischem Wohlfahrtsstaat einerseits und demokratisch-dezentralisierter Regierung andererseits kulminiert in einem ausgeprägten Feind-Freund-Denken. Was für die Neokonservativen ein internationaler Kampf zwischen Systemen bzw. Staaten ist, ist bei den Neoliberalen der globale Markt als Schauplatz des Überlebenskampfes zwischen Unternehmen. Für beide Bewegungen ist menschliches Leben geprägt von tendenziell kriegsförmigen Auseinandersetzungen. Neoliberale, Neokonservative und auch die christliche Rechte formen zusammen einen breiten wenn auch widersprüchlichen gesellschaftlichen Block, in dem sich ihre Ansätze unterschiedlicher Herkunft miteinander vermischen und verknüpfen.

Selbst wenn G. W. Bush 2004 abgewählt werden sollte und die Protagonisten der derzeitigen Bush-Regierung keine offiziellen Ämter mehr bekleiden, werden ihre Ideen und politischen Konzepte nicht aus dem politischen Leben Washingtons verschwinden. Ihr Neokonservatismus und militarisierter Neoliberalismus ist nicht auf die Republikanische Partei beschränkt. Eines der „Geheimnisse“ des Wahlerfolges Clintons im Jahr 1992 war die Verknüpfung des Neokonservativen Lagers mit eher liberalen Teilen der Demokratischen Partei. Die Neokonservativen werden uns somit als Teil einer hegemonialen neoliberalen Koalition in jeden Fall erhalten bleiben. Sie werden auch weiterhin auf die US-amerikanische Politik in den internationalen Organisationen wie UNO oder IWF,

in dem die USA eine fast 18prozentige Sperminorität besitzen, Einfluss ausüben. Deshalb ist es wichtig, dass Attac weiterhin wie in den vergangenen Monaten das transatlantische Verhältnis diskutiert und die Themen Globalisierung und Krieg miteinander in Beziehung setzt. Es gibt

viel zu tun, um die Strukturen dieser neoliberal-neokonservativ und christlich-rechten Koalition und ihres politischen und kulturellen Projektes in ihren unterschiedlichen Schattierungen zu verstehen und dem entschlossen entgegen zu treten.

Alexis Passadakis, Attac WTO-AG



## logik macht krieg

BUKO26 Kongress 06.-09. Juni 2003 in Bremen

**Bundeskoordination Internationalismus  
Bundesweite antimilitaristische Koordination „Krieg ist Frieden“  
Antipatriarchales Netz Berlin  
Crossover**

Vom 6. -9. Juni wird der BUKO 26 in Bremen stattfinden. Der diesjährige BUKO ist ein gemeinsames Projekt der BUKO, des Antipatriarchalen Netz/Berlin, von Crossover und der bundesweiten antimilitaristischen Koordination „Krieg ist Frieden“ (KIF). Mitmachen und Infos unter [www.buko.info](http://www.buko.info) oder:

<p>BUKO - Kongressbüro Bremen Buchstr. 14/15, 28195 Bremen Tel. 04 21/3 64 87 92 <a href="mailto:buko26@yahoo.de">buko26@yahoo.de</a> Öffnungszeiten: Mo - Fr 9-15 h</p>	<p><b>Anmeldung:</b> BUKO - Geschäftsstelle Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg Tel. 0 40/39 31 56 Fax 0 40/28 05 51 22</p>
--	--

## Global asozial...

### ...oder: Was hat Globalisierung mit Sozialabbau zu tun?

Ohne Frage: Soziale Rechte waren auch vor dem Zeitalter der Globalisierung nichts Selbstverständliches. In den Ländern des Nordens wurden sie in heftigen Kämpfen gegen die Interessen der Reichen und Mächtigen durchgesetzt und verteidigt. In den Ländern des Südens geht der Kampf nicht um die Verteidigung, sondern um die erstmalige Durchsetzung. Immer noch sind die meisten Menschen in den Ländern des Südens von der Teilhabe am Recht auf unversehrtes Leben weitgehend ausgeschlossen. Doch die derzeitige weltweite Krise zeigt die zynische und menschenverachtende Seite der globalen Wettbewerbsökonomie besonders deutlich.

#### Die Rolle der Konzerne

Die Konzentration des Kapitals ist in den letzten 20 Jahren in erschreckendem Ausmaß gestiegen. Transnationale Unternehmen dominieren den Weltmarkt. Durch ihre Größe können sie Kostenvorteile durch Massenproduktion erzielen, die kleinere Anbieter nicht realisieren können. Ihre weltweite Vernetzung und Präsenz macht es ihnen möglich, schnell auf Marktveränderungen zu reagieren und auf andere Märkte auszuweichen, während regional verankerte Unternehmen viel mehr den konjunkturellen Schwankungen der jeweiligen Märkte ausgesetzt und viel weniger flexibel sind. Im globalen Wettbewerb setzt sich durch, wer

am billigsten anbietet. Die transnationalen Konzerne geben den Takt der Globalisierung an, sie bestimmen Tempo und Preise. Unternehmen, die zu langsam oder zu teuer sind, haben keine Chance. Ihnen bleiben nur zwei Möglichkeiten: Entweder sie hängen sich an die Großen oder sie gehen sang- und klanglos unter.

Wer also bestehen will, muss die Kosten senken: durch billige Arbeitskräfte, Einsparungen bei nichtproduktiven Kosten, beispielsweise im ökologischen Bereich, Minimierung von Steuern und Sozialabgaben. Gleichzeitig steigt der Druck, Arbeitskräfte stärker auszunutzen: weniger Arbeit für mehr Produktion. Solange es Unternehmen möglich ist, Kostenvorteile weltweit auszunutzen, werden sie das tun. Soziale und ökologische Auflagen und Steuern sind in dieser Logik nationale Standortwettbewerbsnachteile, die es aus Sicht der Unternehmensinteressen zu minimieren gilt.

#### Die Rolle der multinationalen Organisationen

Es ist keine völlig neue Erkenntnis, dass IWF, Weltbank und WTO die Interessen der reichen Länder des Nordens und der dort ansässigen Industrien vertreten. Faktisch bestimmen sie die Spielregeln des internationalen Handels und diktieren die



Politik der Länder des Südens im Interesse der Kapitalanleger. Es ist deshalb wenig erstaunlich, dass in dieser Politik selbst minimale Standards unverbindlich sind.

### Die Rolle der nationalen Politik

In der globalisierten Weltwirtschaft bestimmen die Regierungen der Nationalstaaten die Wettbewerbsfähigkeit der von ihnen vertretenen Staaten im Kampf um Investitionen. Aufgrund des Drucks der Unternehmen senken sie Steuern und Sozialabgaben und verweigern sich effektiven Regelungen der Kapitalverkehrskontrolle, immer mit der Begründung, dass sonst die nationalstaatliche Wettbewerbsfähigkeit verloren gehe. Die Unternehmen drängen die Lohnforderungen ihrer ArbeitnehmerInnen mit der Drohung einer Schließung oder Standortverlagerung zurück. Wenn die Rahmenbedingungen nur flexibel genug wären, werde es der Wirtschaft schon gelingen, zum Besten der Menschen zu funktionieren.

Es ist erstaunlich, wie weit dieses längst widerlegte Marktvertrauen immer noch verbreitet ist. Statt längst bekannte Alternativen vorurteilsfrei zu diskutieren, wird hartnäckig am Aberglauben festgehalten, die mittlerweile nicht mehr vertuschbaren Schattenseiten der Globalisierung könnten durch laissez-faire Politik am wirkungsvollsten bekämpft werden. In dieser falschen Logik ist es nur konsequent, dass wirtschaftliche Schwäche mit Niedriglöhnen, Sozialabbau und Steuersenkung für Unternehmer und Reiche bekämpft wird.

Die rot-grüne Bundesregierung hat sich dem Marktdogma in beispielloser Manier unterworfen. Während sich schon vor der Wahl deutlich abzeichnete, dass die Wirtschaftspolitik von Bündnis 90/Die Grünen in weiten Teilen auch mit dem Marktliberalismus der FDP kompatibel ist, zehrte die SPD noch lange vom Image der Partei des sozialen Ausgleichs. Das Täuschungsmanöver konnte während des Wahlkampfs durch ein vage formuliertes Wahlkampfprogramm aufrecht erhalten werden.

### Die Politik der Bundesregierung oder der soziale Rückschritt

Doch schon der Eiertanz um die Steuerreform hat die Glaubwürdigkeit der SPD angekratzt. Der geplante Freikauf von Steuerhinterziehern und die Begünstigung von Aktiengewinnen hat mit Umverteilung von oben nach unten nichts zu tun. Auch die maroden Gemeinden wurden mit ihrer Finanzmisere weitgehend im Regen stehen gelassen. Wer zu laut über eine echte Reform der Gemeindefinanzierung nachgedacht hat, wurde zurück gepfiffen. Die Schnellschüsse der vom Kanzler eingesetzten Rürup-Kommission haben deutlich gezeigt, in welche Richtung die Sozialpolitik steuert. Dass durch Diskriminierung von Erwerbslosen keine Arbeitsplätze entstehen, wurde von den Kritikern der Hartz-Pläne von vornherein scharf kritisiert. Dennoch wurden die Pläne auf Kosten der Erwerbslosen zumindest teilweise umgesetzt.

Mit der Agenda 2010 hat der Kanzler

den Mythos von der sozialen Gerechtigkeit aber endgültig zerstört: Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau, Absenkung des Rentenniveaus um 5 Prozent, Erhöhung des Rentenalters - ein besonders zynischer Vorschlag angesichts rund 5 Millionen Erwerbsloser-, weitere Ausschlichtung des Leistungskatalogs der gesetzlichen Kassen usw. In Zahlen heißt das: 20 Mrd. Euro Einsparungen im Gesundheitssektor, rund 3 Mrd. Euro Einsparungen beim Arbeitslosengeld. Dagegen: die längst überfällige Wiedereinführung der Vermögensteuer brächte rund 16 Mrd. Euro jährlich, die Anpassungen bei der Erbschaftsteuer rund 3,6 Mrd. Euro und die Rücknahme des Steuergeschenkes an die Reichen durch die Senkung des Spitzensteuersatzes rund 2,3 Mrd. Euro. Mit der Einführung dieser Maßnahmen wäre ein Anfang gemacht. Das Diktat der Ökonomie über die Lebensverhältnisse der Menschen ist damit allerdings noch längst nicht überwunden. Das wird ohne ein grundsätzliches, globales Neudenken von Politik nicht gehen. Ohne massiven Widerstand gegen die Schröderschen Reformpläne wird jeder weitere Schritt aber Illusion bleiben.

*Astrid Kraus, Attac-Koordinierungskreis und AG Soziale Sicherungssysteme*

Am 21.05. findet um 16.30 Uhr in Cannstadt bei Stuttgart eine große Kundgebung gegen Sozialabbau statt.

Am 25.05. findet in Hannover eine Aktionskonferenz zum Thema statt.

Nähere Infos unter [www.attac.de/sozsich](http://www.attac.de/sozsich)

## Fortschritte bei der Kampagne gegen die Steuerflucht:

### AG Stopp Steuerflucht initiiert „Global Tax Justice Network“

Die Sozialforen in Florenz 2002 und Porto Alegre 2003 brachten große Fortschritte für die Kampagne Stopp Steuer-

flucht. Erstmals bildete sich mit dem „Global Tax Justice Network“ ein internationaler Zusammenschluss gegen die Steuerflucht. Etwa 20 Organisationen aus 15 Ländern einigten sich auf eine „Erklärung für Steuergerechtigkeit“, die am 24. März im House of Parliaments in London der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Nun sollen Hunderte von Organisationen und Einzelpersonen die Erklärung unterschreiben.

Alles begann mit zwei Seminaren zum Thema Steuerflucht, eines beim Europäischen Sozialforum in Florenz und eines beim Weltsozialforum in Porto Alegre. Mit etwa zweihundert TeilnehmerInnen diskutierten wir die Probleme

der internationalen Steuerflucht und der zunehmenden Steuerungerechtigkeit. Dabei waren ReferentInnen aus Nichtregierungsorganisationen, Attac-Sektionen und Gewerkschaften aus Nord und Süd. Die Organisation wurde v.a. von den Schweizer Entwicklungsorganisationen „Erklärung von Bern“ und der „Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke“ sowie von Attac Deutschland übernommen. Alle kritischen ÖkonomenInnen, egal ob aus Peru, Großbritannien, Deutschland, Schweiz, Ecuador oder Frankreich, hatten eine ähnliche Analyse, fast identische Forderungen und waren sich erstaunlich schnell einig:

Das Steuersystem wird immer ungerechter. Kapitaleinkünfte werden immer weniger besteuert. KapitalbesitzerInnen und transnationale Unternehmen verdrängen sich mit ihren Einkünften zunehmend in die rund 70 Steueroasen. Gleichzeitig befinden sich die verschiedenen Nationalstaaten



in einem immer intensiver werdenden Steuerwettbewerb um die niedrigsten Steuern für große Unternehmen und KapitalanlegerInnen. Leidtragende sind die Sozialsysteme der Industrie- und der Entwicklungsländer, da es immer schwerer wird, Niederlassungen transnationaler Unternehmen noch zu besteuern. Die Gegenmaßnahmen etwa der OECD oder der EU sind vollkommen unzureichend. Sie richten sich nicht gegen den Steuerwettbewerb an sich, sondern nur gegen einzelne Spitzen des Eisbergs.

Dagegen wäre die Beendigung des ruinösen Steuerwettbewerbs durch internationale Kooperation und die Besteuerung von Kapitaleinkünften im jeweiligen Wohnsitzland (also etwa Zinsen im Heimatland der EigentümerInnen und nicht im Land der Kapitalanlage - etwa eine Steueroase) dringend angesagt.

Bei so viel Einigkeit fiel es nicht schwer, auf der Grundlage eines britischen Entwurfes in einem längeren Wechsel von E-mail-Diskussionen und Telefongesprächen die „Erklärung für Steuergerechtigkeit“ zu erarbeiten. Die Erklärung enthält eine Analyse des Problems zunehmender Steuerungerechtigkeit im Zuge der Globalisierung der Finanzmärkte sowie eine Liste von konkreten Forderungen. Die Erklärung ist

die erste internationale Liste von Forderungen im Bereich der Steuerpolitik. Derzeit sind wir auf der Suche nach möglichst vielen UnterzeichnerInnen für die Erklärung. Dazu dient eine „roadshow“ durch die Finanzzentren der Welt. London machte am 24.3.2003 den Anfang, in Zürich, Bern, New York, Madrid und Frankfurt soll es weitergehen. Koordiniert wird die Arbeit von einer internationalen Koordinationsgruppe, der Mitglieder aus Peru, den USA, Großbritannien, Spanien, Italien, Deutschland, Schweiz und Kanada angehören. Diese gute Arbeit überzeugte auch die Globalisierungsabteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung, die den internationalen Aufbau des Netzwerkes finanziell unterstützt.

In Deutschland planen wir Auftaktveranstaltungen in Frankfurt und Berlin mit möglichst vielen Organisationen aus dem kirchlichen, gewerkschaftlichen und entwicklungspolitischen Bereich. Die Erklärung des Netzwerkes findet sich auf der (noch im Aufbau befindlichen) internationalen Webseite des Netzwerkes: <http://www.taxjustice.net>.

*Sven Giegold, Attac Koordinierungskreis und AG Stopp Steuerflucht*

### Nähere Infos:

Detlev von Larcher, [detlev.larcher@t-online.de](mailto:detlev.larcher@t-online.de), Tel. 0421/894311

Sven Giegold, [giegold@attac.de](mailto:giegold@attac.de), Tel. 04231/957-590

### Aktionsmaterialien

Unser Lager an verfügbaren Aktionsmaterialien wächst stetig. Gegen Versandkosten könnt ihr euch gerne bedienen. Mittlerweile stapelt sich neben einem gebläsebetriebenen aufblasbaren schwarzen Koffer mit heraushängenden Geldscheinen (3x2x1m) und einer stromfrei aufblasbare Weltkugel (2m Durchmesser) auch eine Weltkugel, die mit ihren 4m Durchmesser ein prima Bild für Aktionen vor Ort bietet. Vier Aktionskisten mit Grundaktionsmaterialien, Anzügen, Pfeifen, Farben etc. warten ebenfalls darauf, eingesetzt zu werden.

**Kontakt:** Astrid Schaffert, Attac-Gruppen-Unterstützung, Tel.: 0761/ 6129 0440 Fax.: 0761/ 6129 0441, e-mail: [Schaffert@attac-netzwerk.de](mailto:Schaffert@attac-netzwerk.de)

## Erstes Europäisches Bildungsforum

### vom 18. bis 20. September 2003 in Berlin

Bildung hat eine Schlüsselrolle in der modernen Gesellschaft. Gerade vor dem Hintergrund der Globalisierung ist sie zentrales Mittel, möglichst alle Menschen in die Lage zu versetzen, diese internationalen Prozesse zu begreifen und in ihrem Sinne emanzipativ zu beeinflussen. Sie muss letztlich dazu dienen, dass sich jedeR frei und selbstbestimmt entwickeln kann.

Die derzeitige Entwicklung geht angesichts wachsender sozialer Ausgrenzung, unterfinanzierter Schulen und Hochschulen, der Einführung oder Erhöhung von Studiengebühren, Entdemokratisierung, Profitausrichtung und zerstörerischer Konkurrenz zwischen öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen jedoch in eine andere Richtung.

Zu den bisherigen nationalen, regionalen und lokalen Strukturen im Bildungswesen tritt nun zusätzlich auf internationaler Ebene die im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO mit dem Dienstleistungsabkommen GATS vorangetriebene Privatisierung, Liberalisierung und somit Kommerzialisierung von bislang öffentlichen Dienstleistungen, die alle Bildungsbereiche von Grundschule bis Erwachsenenbildung umfasst.

Bildung wird durch diese bewusst betriebene Politik immer mehr zu einer Ware, der Zugang zu ihr dadurch abhängig von den individuellen (finanziellen) Mitteln, ihre Nutzung und Ausrichtung mehr und mehr abhängig von den Interessen großer Konzerne. Die eigentliche Funktion von Bildung wird so aufgelöst. Kritik an Herrschafts- und Wirtschaftsweisen, die notwendig für demokratischen Fortschritt ist, wird immer mehr ausgeblendet. Letztlich verkommt Bildung zu einer Berufsqualifikation, deren Inhalt und Ausrichtung vor allem privatwirtschaftlichen Zwecken dient.

Zwar behaupten die Regierungen, insbesondere in der EU, ihre Politik folge formal korrekten Verfahren und internationalen Abkommen. Dies kann jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass Gestaltungs- und Partizipationsmöglichkeiten für die SchülerInnen, Studierenden, Lehrenden und Angestellten im Bildungsbereich mehr und mehr abnehmen oder offen angegriffen werden.

Damit Europas SchülerInnen, Studierende und Lehrende in diese Entwicklung eingreifen, die derzeitige Politik diskutieren und ihre eigenen Alternativen entwickeln

können, laden wir anlässlich der Konferenz der europäischen BildungsministerInnen am 18. und 19.09.2003 zu einem ersten Europäischen Bildungsforum in Berlin ein.

In Anlehnung an die Sozialforumsbewegung, deren offener Charakter im politischen Meinungsspektrum und in der Vielfalt in der Auseinandersetzung bereits 60.000 Menschen nach Florenz mobilisiert hat, ist jede Gruppe, Organisation und Einzelperson aufgerufen, sich mit einem eigenen Beitrag am Programm des European Education Forum (EEF) zu beteiligen.

Im Anschluss an das EEF wollen wir am 20.09. gemeinsam für ein sozial gerechtes, demokratisches und international ausgerichtetes Bildungssystem und gegen jede weitere Form der Kommerzialisierung, Ausgrenzung und Entdemokratisierung in diesem Bereich demonstrieren.

Kommt nach Berlin! Another Education is Possible!

*Theo Wonneberger, Attac Berlin*

### Nähere Infos:

[www.EEF2003.org](http://www.EEF2003.org)



## Das globale Dorf - Kirchentag in Berlin

Auf dem Ökumenischen Kirchentag, der vom 28. Mai bis 1. Juni 2003 in Berlin stattfinden wird, kommen erstmals Christinnen und Christen evangelischer und katholischer Konfession sowie aus anderen Kirchen zu einem gemeinsamen Kirchentag zusammen. Dabei werden die unterschiedlichsten Veranstaltungsformen angeboten, darunter eine besonders bemerkenswerte: die „Agora“. Diese Form öffentlicher Präsentation hat auf den katholischen und evangelischen Kirchentagen schon eine lange Tradition unter der Bezeichnung „Markt der Möglichkeiten“ bzw. „Orte der Begegnung“ oder „Kirchenmeile“.

Mit der „Agora“ wollen die Veranstalter Interesse und Neugier wecken. Im alten Griechenland war die „Agora“ der öffentliche Platz, auf dem sich das gesellschaftliche Leben abspielte. Ein solcher Ort des Austauschs und Kennenlernens soll auch die „Agora“ auf dem Ökumenischen Kirchentag werden. Auf ihr werden ca. 1.000 Werke, Verbände, Räte und ehrenamtlich arbeitende Gruppen aus Kirche und Gesellschaft in mehreren Hallen ihre

Arbeit, ihre Projekte und ihr Engagement vorstellen.

Unter diesen vielen werden sich 24 Initiativen und Gruppen unter der Bezeichnung „Globales Dorf“ zusammenfinden. Angeregt wurde dies durch die Ökumenischen Basisgruppen und Initiativen und die Ökumenische Initiative EINE WELT. Sie wollen mit dieser Bezeichnung deutlich machen, dass die globalen Vernetzungen inzwischen ein solches Ausmaß angenommen haben, dass man sie quasi wie in einem überschaubaren Dorf wahrnehmen muss und es keinen Weg mehr zurück in abgeschlossene Nischen gibt.

In diesem Globalen Dorf haben sich ganz unterschiedliche Gruppen eingefunden: Die einen haben intensive Kontakte zu Menschen in Mittel- und Südafrika sowie in Lateinamerika, andere haben interessante Frauenprojekte entwickelt, wieder andere haben sich dem Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung verschrieben. Es gibt eine Initiative, die sich intensiv für die Verbreitung der Erd-

Charta - eine ethische Grundlegung für eine nachhaltige Entwicklung - einsetzt, eine andere setzt sich für eine zukunftsfähige Lebensweise ein und möchte mit ihrer Initiative „Aufbruch - anders besser leben“ eine Bewegung fördern. Eine weitere Initiative setzt sich dafür ein, dass sich Christen und Gemeinden verstärkt in den Lokale Agenda 21 - Prozessen engagieren. Schließlich hat sich auch die Deutsche Seemannsmission hier angesiedelt, die mit Fahrern aus allen Ländern viele Erfahrungen gesammelt hat.

Diese Gruppen und Initiativen sind von Donnerstag bis Sonnabend (29. bis 31.05.) für Gespräche, Anregungen und Vernetzungen offen und freuen sich darüber, wenn möglichst viele Menschen ihr Angebot zur Vernetzung annehmen. Das Globale Dorf ist in der Halle 3, obere Ebene, die Gänge D E F G an den Ständen 1 - 13; nähere Infos im Programmheft des Kirchentages auf den Seiten 404/405.

Heiko Lietz, Koordinationskreis Ökumenischer Basisgruppen und Initiativen

### Herbstakademie

#### Neoliberaler Siegeszug von der Lausitz bis zur Tatra?

Am 1. Mai 2004 werden acht osteuropäische Staaten der EU beitreten, zwei weitere folgen bis zum Jahr 2007. Wird das erweiterte Europa zu einem Binnenmarkt der Konzerne mit immer härterer Konkurrenz und immer höherem Wettbewerbsdruck oder wird Europa zu einem politischen Raum, der von sozialen, ökologischen und demokratischen Ideen getragen wird und Globalisierung aktiv mitgestaltet?

Auf der Herbstakademie wollen DGB-Jugend und Attac gemeinsam herausfinden, was die EU-Osterweiterung für uns und unsere östlichen Nachbarn bedeutet und wie sich Gewerkschaften und soziale Bewegungen auf das erweiterte Europa einstellen. ReferentInnen aus den jeweiligen Regionen werden uns dabei unterstützen.

#### Neben Vorträgen bieten wir folgende Workshops an:

##### 1. Transformation in Osteuropa

Viele osteuropäische Länder haben sich nach dem Sturz der staatssozialistischen Regime auf eine neoliberale „Schocktherapie“ ihrer Volkswirtschaften eingelassen. Aber statt eines schnellen Wachstums erlebten sie Finanzkrisen, Kapitalflucht, und Korruption. Wie ist es zu dieser Entwicklung gekommen und welche Verantwortung tragen westliche Regierungen, der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank?

##### 2. Böses Kapital - gutes Kapital?

Die „Standortfrage“ scheint für das Wohlergehen einer Region zentral zu sein. Mit dem „Standortargument“ werden Ländern und Kommunen traumhafte Bedingungen für die Ansiedlung von Unternehmen abgepresst. Wie real sind

diese „Sachzwänge“? Welchen Stellenwert hat die Steuer- und Finanzpolitik? Welche Rolle spielt die EU und welche Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Erweiterung? Welche Alternativen gibt es zur Standortlogik?

##### 3. EU-Osterweiterung

Die Schattenseiten der deutschen Vereinigung sind Deindustrialisierung, hohe Arbeitslosenzahlen und die Abwanderung vieler Menschen in den Westen. Wird die EU-Osterweiterung ähnliche Effekte haben oder sind die Voraussetzungen und Regelungen grundsätzlich verschieden? Welches Interesse hat die alte EU daran, neue Mitglieder aufzunehmen?

##### 4. Grenzgänger: Erweiterung und Arbeitsmigration

Mit der Erweiterung werden insgesamt 105 Mrd. neue EU-Bürger hinzukommen, das Gebiet der EU wird um 34 Prozent wachsen. Es gibt Befürchtungen, dass bei Einführung von Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit viele Menschen aus den osteuropäischen Ländern auf die Arbeitsmärkte in den alten EU-Staaten strömen und es zu einem Verdrängungswettbewerb kommt. Ist die Angst vor Verdrängung und Lohndumping berechtigt? Wie können Gleichbehandlung und das Prinzip der Antidiskriminierung durchgesetzt werden?

##### 5. Theaterworkshop:

„Und es stehen die Menschen entschert auf rollendem Boden“ (Bertolt Brecht) - Neoliberale Politik unterminiert soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Menschen werden in Nützliche (für den Arbeitsmarkt Brauchbare) und Überflüssige geschieden. Der Theaterworkshop soll die daraus entstehende Verunsicherung thematisieren. Mit Improvisationen werden kleine Szenen erarbeitet, die am Ende zur Aufführung kommen. (1b)

**Kontakt:** DGB-Jugend, Mirjam Muhs, Tel: 030 / 24060-171, e-Mail: mirjam.muhs@bvv.dgb.de; Infos demnächst auch unter: www.attacberlin.de/herbstakademie und www.dgb-jugend.de

## Von Florenz nach Paris!

### Das II. Europäische Sozialforum im Zeichen neuer Bündnisse gegen Krieg und verschärften Sozialabbau



Foto: Markus Haffner / Ann Stafford

Mit Pauken und Trompeten demonstrieren GlobalisierungskritikerInnen gegen Rassismus, Neoliberalismus und Krieg.

Neue Kriegsdrohungen gegen Syrien und Nordkorea unter der Herrschaftsproklamation der einen Weltmacht, schmerzhafter Sozialabbau und Eliminierung demokratischer Bürgerrechte in den Ländern der Europäischen Union - das ist der Hintergrund, vor dem das II. Europäische Sozialforum im November in und um Paris stattfinden wird. Das sind aber auch die politischen Grundkonstellationen, unter denen sich der Widerstand gegen die Gesetze der Profitlogik und ihre neoliberalen Vollstrecker von Schröder und Chirac bis zu Blair und Berlusconi formiert.

Nach dem unvergesslichen Erfolg von Florenz, wo erstmals auf dem alten Kontinent ein breites politisches Spektrum der Zivilgesellschaft über Alternativen für ein anderes, friedliches Europa diskutierte, zeichnet sich schon jetzt im Vorbereitungsprozess für das zweite Sozialforum eine neue Qualität ab. Vor dem Hintergrund des brutalen sozialen Kahlschlags, der die Salamitaktik früherer Jahre abgelöst und das Ende des liberalen Sozialstaatsmodells europaweit auf die Tagesordnung gesetzt hat, müssen sich auch kampferfahrene Gewerkschaften nach Verbündeten umsehen. Die neuen sozialen Bewegungen der Globalisierungskritiker und die alten sozialen Bewegungen der Arbeiterassoziationen bewegen sich vorsichtig aufeinander zu, legen überholte Vorurteile ab und gehen gemeinsam auf die Straße.

Nicht nur die roten Gewerkschaftsfahnen in den Straßen von Florenz haben den Beginn dieses historischen Prozesses dokumentiert. Auch der bislang eher von sozialdemokratischem Konservatismus geprägte Europäische Gewerkschaftsbund hat sich entschlossen, dieses Bündnis einzugehen und sich aktiv an dem Prozess für das Sozialforum zu beteiligen. Auch bei einigen deutschen Gewerkschaften wie Ver.di und der IG Metall und selbst in der Chefetage des DGB wird die Notwendigkeit eines solchen Zusammengehens mit wachsender Sympathie betrachtet. Im Gastgeberland Frankreich ist die Mehrheit der traditionellen Großgewerkschaften wie der unabhängigen linken Verbände Teil des breiten Vorbereitungsbündnisses.

#### ESF als offener Begegnungsort

Nach Florenz ist also Frankreich an der Reihe, das ESF 2003 auszurichten. Es wird vom 12. bis 16. November 2003 stattfinden. Wie in Porto Alegre und Florenz soll das ESF 2003 nach dem Willen der französischen Organisatoren und der Europäischen Versammlung zur Vorbereitung des ESF eine offene Begegnungsstätte zum Austausch von Erfahrungen und Meinungen und zur Vertiefung der Reflexionen zwischen den verschiedenen Bewegungen, die sich gegen den Neoliberalismus wenden, sein. Es soll auch die Möglichkeit schaffen, weiter über die Formulierung konkreter Vorschläge nachzudenken und Alternativen

und konstruktive Aktionen zu entwickeln. Angesichts einer liberalen Globalisierung, die die Konzentration der Reichtümer beschleunigt, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Ausgrenzung schafft und die Umwelt zerstört und angesichts eines europäischen Aufbauwerkes, das im wesentlichen nach Marktgesichtspunkten stattfindet, gilt es, nicht nur die Notwendigkeit eines anderen Europas zu bekräftigen, eines Europas im Dienste der Bürger und Völker, sondern auch aufzuzeigen, dass ein solches möglich ist. Gleichzeitig müssen Mittel und Wege zur Umsetzung skizziert werden.

Dieses Europäische Sozialforum wird von den Städten Paris und Saint-Denis beherbergt. Es wird soziale Bewegungen - Vereine, Gewerkschaften, Bürgerbewegungen - aus Europa und allen anderen Teilen der Welt, vor allem des südlichen Mittelmeers, zusammenbringen. Es wird Themen behandeln wie die Rolle der Europäischen Union bei der neoliberalen Globalisierung, die Haltung gegenüber der Hegemonie der USA und deren Präventiv-Kriegsplänen, die notwendigen Maßnahmen für eine Politik der Solidarität mit den südlichen Ländern, Demokratie und Bürgerrechte und die Inhalte der gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

#### Sprungbrett für ein anderes Europa

Um dieses Forum vorzubereiten und zu organisieren haben zahlreiche französische Organisationen ein Initiativkomitee gegründet. Sie rufen alle gesellschaftlichen Kräfte Frankreichs auf, sich ihnen anzuschließen und zum Erfolg des Europäischen Sozialforums in Paris/Saint-Denis beizutragen. „Lasst uns gemeinsam aus dem Forum ein Sprungbrett für künftige Mobilisierungen machen, damit ein anderes Europa möglich wird!“, heißt es in ihrem Aufruf.

In Deutschland hat die Initiative Deutsches Sozialforum mit der Mobilisierung für das II. Europäische Sozialforum in Paris begonnen. Auch diese Initiative ist ein zivilgesellschaftliches Bündnis, das sich langsam zu einem Sozialforum in Deutschland formiert, eine Allianz, die weit über das politische Spektrum von Attac hinausgeht.

Hugo Braun, Attac Koordinationskreis Initiative Deutsches Sozialforum



Umgezogen? Adresse falsch? Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler unter 069 / 900 281-10 oder per E-mail an [info@attac-netzwerk.de](mailto:info@attac-netzwerk.de) mit. Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeauftrag diesen Rundbrief nicht nach!

Attac-Bundesbüro - Münchener Str. 48 - 60329 Frankfurt / M.  
PVsT - DPAG - Engelt bezahlt - H57480

## Attac in Kürze

### Die Ohnmacht überwinden und eine andere Welt möglich machen

Attac wird für immer mehr Menschen zum Hoffnungsträger, die vermeintliche Ohnmacht zu überwinden und politische Veränderungen zu erreichen. Sie sehen die neoliberale Globalisierung nicht länger als schicksalhaften Prozess an, in dem sich die Politik den Profitinteressen von transnationalen Unternehmen und Investmentfonds unterordnen muss. Vielmehr treten sie für eine ökologische und soziale Globalisierung ein und wollen

politische Gestaltungsräume zurückerobern. Mit über 60.000 Mitgliedern in 40 Ländern ist Attac zu einem wichtigen Teil der globalisierungskritischen Bewegung geworden. Auch in Deutschland bildet Attac ein breites Bündnis, das vom BUND über ver.di und Pax Christi bis zu kapitalismuskritischen Gruppen unterstützt wird. In 140 Städten sind mittlerweile Menschen in Attac-Gruppen aktiv und organisieren Druck von unten - um

eine andere Welt möglich zu machen.

Attac finanziert die Arbeit der Gruppen vor Ort, spektakuläre und öffentlichkeitswirksame Aktionen, Publikationen wie diesen Rundbrief und vieles mehr fast ausschließlich aus steuerlich absetzbaren Spenden und Mitgliedsbeiträgen.

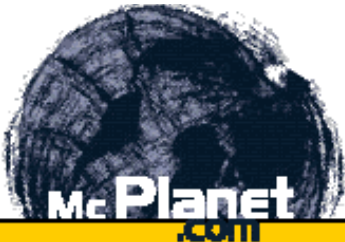
#### Spendenkonto

Attac Deutschland, Kto.Nr. 10 15 15 0  
Ökobank e.G., BLZ 500 901 00

#### McPlanet.com - Die Umwelt in der Globalisierungsfalle

Der Kongress von Attac, BUND und Greenpeace in Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, 27.-29. Juni 2003, Technische Universität Berlin, Teilnahmegebühr 30 - 20 Euro

**Nähere Infos** unter [www.mcplanet.com](http://www.mcplanet.com) oder beim Kongressbüro, Rothenburgstr. 16, 12165 Berlin, Tel.: 030-797066-10, Fax: 030-797066-20, Anmeldungen unter [info@mcplanet.com](mailto:info@mcplanet.com) oder online unter [www.mcplanet.com](http://www.mcplanet.com)



wir haben immer noch nicht alle Probleme gelöst, die mit der Umstellung der Datenbank entstanden sind. Ihr könnt uns helfen: Wir bitten darum, uns darüber zu informieren, wenn Mitgliedsanträge

- a) nicht mit einem Begrüßungsbrief beantwortet werden  
b) Mitgliedsbeiträge gar nicht oder zu spät oder doppelt abgebucht werden....

Mit diesen Infos können wir dem von uns beauftragten Dienstleister „auf die Füße treten“ und unsere internen Abläufe verbessern. Vielen Dank und viele Grüße vom

Attac-Bundesbüro: **T. 069 / 900 281-10, Fax -99, [info@attac.de](mailto:info@attac.de)**

#### Liebe Mitglieder von Attac,

### Attac-Sommerakademie 2003 vom 1. bis 6.8. in Münster

Im letzten Sommer hat Attac mit großem Erfolg die erste Sommerakademie in Marburg durchgeführt. Rund 800 TeilnehmerInnen haben ihr Wissen und ihre Meinungen zu vielen Fragen rund um das Thema Globalisierung ausgetauscht. Die diesjährige Sommerakademie wird in Münster stattfinden. Zu den ca. 50 Vormittagsseminaren, weitere Nachmittagsworkshops und Podiumsveranstaltungen

am Abend werden ca. 1.000 TeilnehmerInnen erwartet.

Nähere Infos, Anmeldung und Programm: [www.attac.de/sommerakademie](http://www.attac.de/sommerakademie) oder beim Akademiebüro:

attac-SOAK-Büro, c/o Institut für Soziologie der Universität Münster  
Scharnhorststr. 121, Raum 508  
48151 Münster, T. 0251/832 4835  
eMail: [sommerakademie@attac.de](mailto:sommerakademie@attac.de)

#### Impressum

**Attac Deutschland & Share e.V.**  
Münchener Str. 48  
60329 Frankfurt / M.  
Tel.: 069 / 900 281-10  
Fax: 069 / 900 281-99  
eMail: [info@attac-netzwerk.de](mailto:info@attac-netzwerk.de),  
<http://www.attac-netzwerk.de>

**Produktion:** Share e.V. / Attac

**Redaktion:** Gabriele Rohmann (roh),  
Werner Rätz (wr), Heidi  
Klein (hk), Lena Bröckl (lb)

**Vi.S.d.P.:** Gabriele Rohmann

**Layout:** Heidi Klein

**Auflage:** 32.000

**Gefördert durch die Europäische Union.**

#### Termine:

- 25.5.** Treffen der bundesweiten AG Globalisierung und Ökologie
- 28.5. - 1.6.** Ökumenischer Kirchentag in Berlin
- 1. - 3.6.** G7/G8-Gipfel in Evian, Frankreich
- 15.6.** Treffen der bundesweiten AG Welthandel und WTO in Dortmund
- 27. - 29. 6.** Berlin: Kongress McPlanet.com
- 1.7.** Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Italien

**1.-6.8.** Attac-Sommerakademie in Münster

**2.8.** Treffen der bundesweiten AG Welthandel und WTO

**24. - 26.10.** Flecken Zechlin: Klausurtagung der AG Welthandel und WTO

**10. - 14.9.** WTO-Ministerkonferenz in Cancun, Mexiko

**12. - 16.11.** Paris: 2. Europäisches Sozialforum

**16. - 21.1.04** 4. Weltsozialforum in Bombay

**[www.attac-netzwerk.de/termine](http://www.attac-netzwerk.de/termine)**